

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreise: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16
Fernsprecher S.-N. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste
Schriftsätze ohne Freimarkschlag werden nicht zurückgeschickt

Die „Kettung“ der Arbeitslosenversicherung

Bekanntlich befindet sich das Deutsche Reich in einer Geldverlegenheit, die nachgerade zum Himmel schreit. Was soll man dazu sagen, wenn der Reichsfinanzminister, um nur die nötigsten Zahlungen leisten zu können, sich einmal 150 und ein andermal 170 Millionen Mark von den Privatbanken pumpten muß! 1200 Millionen Mark erreichte der Fehlbetrag der Reichskasse bereits Ende März, 1400 Millionen Mark Ende April und Ende Mai werden voraussichtlich gegen 1700 Millionen Mark mangeln. Wir haben schon erwähnt, auf welche merkwürdige Weise die Regierung Abhilfe sucht: durch eine Anleihe, die 500 Millionen bringen soll, also nur einen Bruchteil dessen, was gebraucht wird, die aber durch einen großartigen Steuererlaß für die Besizenden einen Schritt auf einer höchst bedenklichen Bahn bedeutet. Es kommt nicht einmal in erster Reihe darauf an, wieviel das Reich an diesem Steuererlaß verliert. Viel wichtiger ist das Grund s ä h l i c h e: anstatt daß die Besizenden in verstärktem Maße zu den Steuern herangezogen werden, was der einzige Weg wäre, die Reichskasse dauernd in Ordnung zu bringen, geschieht hier das gerade Gegenteil: Die Besizenden werden entlastet, und das muß nach Lage der Dinge wie eine Kundgebung wirken des Inhalts, daß es nicht Sache der Besizenden sei, für den Geldbedarf des Reiches aufzukommen.

Um so mehr muß es in diesem Sinne wirken, als unmittelbar darauf, am 11. Mai, eine Veröffentlichung der Reichsregierung über die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung erfolgte, die womöglich noch bedenklicher ist als jener Steuererlaß. Da heißt es, die Regierung habe „die Abstellung der Mißstände ins Auge gefaßt, welche sich in der Praxis der Arbeitslosenversicherung herausgestellt haben“. Aber deren Beseitigung allein genüge nicht, deshalb soll außer dem „Sofortprogramm“ zur Abstellung der Mißstände ein Sachverständigenausschuß „in größter Beschleunigung Richtlinien für die Umgestaltung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes“ ausarbeiten.

Wir lieben es nicht, weder uns noch unseren Lesern etwas vorzumachen. Wir nennen das Ding beim rechten Namen und sagen: Dieser Erlaß der Reichsregierung bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß ein erheblicher Teil des Fehlbetrages der Reichskasse von den Arbeitslosen eingetrieben werden soll. In dieser Auffassung wissen wir uns einig mit der ganzen Gewerkschaftspresse, die das Vorhaben der Regierung zum Teil in sehr scharfen Worten tabelt.

In der Tat, dem Kenner fällt sofort auf, daß auch hier wieder, ganz wie vor kurzem beim neuen Arbeitschutzgesetz, auf die Wünsche der Unternehmer die zarteste Rücksicht genommen wird, indes die Einwände der Arbeitervertreter völlig unbeachtet bleiben. Die Regierung spricht von „Mißständen, die sich in der Praxis der Arbeitslosenversicherung herausgestellt haben“. Das sind die berühmten „Mißbräuche“, von denen die Unternehmerpresse seit Monaten wimmelt. Aber die Gewerkschaftszeitung des DGB hat erst kürzlich (in Nr. 19) ausführlich nachgewiesen, daß diese angeblichen „Mißbräuche“ nichts weiter sind als maßlose Übertreibungen, zum Teil sogar glatte Lügen der Unternehmer. „Wo sind diese Mißbräuche?“ fragt die Gewerkschaftszeitung.

Die Reichsanstalt setzte (infolge der massenhaften Klagen der Unternehmerpresse) aus ihrem Vorstand einen besonderen Untersuchungsausschuß ein. Aber immer stieß man auf beweislose Behauptungen. Zeitungen meldeten, daß sich Arbeitslose in Massen um die Arbeit herumbrüden. Wie konnte man den Ort erfahren, wo das geschehen sei... Nach eifrigen Durchstöbern der Akten fand man aus einem Heer von 24 Millionen Arbeitslosen armselige 40 (vierzig) Fälle. Das Reichsheer mußte verstreute Strahlen freimachen, weil die Arbeitslosen die Hände in die Taschen stecken. Nichts bleibt von dieser Lüge. Studenten müssen angefordert werden, weil in der Kostennote die Arbeitslosen nicht arbeiten. Auch das erweist sich als Lüge. Baumholzentwerfer können keine Arbeiter bekommen, obwohl Tausende von Unterstützten vorhanden sind. Die Arbeitsämter klären den Fall fast völlig als maßlose Übertreibung. Wo sind in Wirklichkeit die berühmten Bauern, die ihre Kinder wechselseitig beschützigen, um die Arbeitslosenunterstützung zu ergattern? Man lernt wohl die Behauptung, der Nachweis ist nicht gelungen.

Wer nicht bloß die Zeitungen der Unternehmer öffentlichte in solchen Schwärzereien, auch das am 1. Mai veröffentlichte „Reformprogramm der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ arbeitet nach derselben Methode; die Gewerkschaftszeitung deckt das an einer Reihe von bestimmten Fällen auf. Und trotzdem tut die Reichsregierung so, als seien die von den Unternehmern erfindenen Mißbräuche wirklich vorhanden; als schrien sie nach Abhilfe. So die Ankündigung eines „Sofortprogramms“ läßt befürchten, daß die Regierung gar nicht erst die Ergebnisse des bereits in der Arbeit begriffenen Untersuchungsausschusses abwarten, sondern die von den Unternehmern gewünschten Maßnahmen gegen die Arbeitslosen schleunigst im Reichstag durchzusetzen will. Ihr genügt es vermutlich, daß die Arbeitgeberzeitung vor kurzem höchst ungnädig über die Verzögerung geknurr hat, welche eine Untersuchung veranlaßt.

Nun aber der Zusammenhang mit den Finanzen des Reiches. Da liegt die Sache folgendermaßen: Die Versicherung ist von vornherein — nach der Höhe der Beiträge wie der Leistungen — angelegt, daß sie bei einem Bestande von 800 000 Arbeitslosen mit ihren eigenen Mitteln auskommt. Sind es mehr, dann muß das Gesetz das Reich einspringen. Da nun sicher im heutigen Deutschland kein solcher Träumer lebt, der sich einbildet,

die Arbeitslosigkeit werde, solange wir kapitalistisch wirtschaften, niemals wieder dauernd auf 800 000 herabsinken, so hat offenbar das Gesetz von vornherein mit einem regelmäßigen Zuschuß des Reiches gerechnet. Der harte Winter hat die Zahl der Arbeitslosen auf fast 2 1/2 Millionen gesteigert; sogar am 1. Mai waren es noch 1,3 Millionen. Also mußte das Reich ziemlich tief in den Beutel greifen. Gegen 400 Millionen Mark werden es bis Ende Mai sein, die das Reich beigesteuert hat, zum größten Teil in Form von Darlehen, die wieder zurückgezahlt werden sollen. Jedoch ist im Ernst natürlich an keine Rückzahlung zu denken. Und nun regt sich plötzlich das Gewissen aller Profitstrolucher. Kann man es verantworten, daß das Reich für die Arbeitslosen hergibt? Auf keinen Fall. Es darf wohl 1158 Millionen Mark Darlehen an Unternehmer geben, auf erblos lange Jahre hinaus und mit der sicheren Aussicht, daß es den größeren Teil nie wieder kriegt. Es darf für weitere 1189 Millionen bürgen, wovon es ebenfalls ein gut Teil wird blechen müssen. Es darf den Dividendenschluckern der Reichsbahn 400 Millionen garantieren. Es darf den Ruhrmillionären 700 Millionen in den Taschen stopfen. Aber für die Arbeitslosen, deren Elend eben gerade durch die Profitsteigerung der Unternehmer verursacht ist? Nein, für die darf es nichts übrig haben. Nicht durch die 3000 bis 3500 Millionen Mark, die die Unternehmer bekommen haben (und das sind nur die ohne weiteres sichtbaren Summen), ist das Reich so berannt, sondern ausgerechnet durch die 400 Millionen der Arbeitslosen, obgleich dabei auf jeden einzelnen der betroffenen Proleten nur 66 Mark im Monat kommen!

Die sollen ihnen fortgenommen werden. Die ärmsten und gequältesten Opfer der kapitalistischen Schandwirtschaft sollen ihre paar Bettelpferunige hergeben, um das Loch

in der Reichskasse zu decken. Die Unternehmerdreschicht vom 1. Mai fordert: Die Saisonarbeiter sollen überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung mehr bekommen; desgleichen die Saisonarbeiter; außerdem jeder, der in „langfristiger Beschäftigung“ steht oder schon privat versichert ist. Bei denen, die dann noch übrig bleiben, soll die „Bedürftigkeit“ geprüft werden; wer (nach Ansicht der Prüfer) genug zu leben hat, kriegt nichts; besonders infam berührt die Forderung, daß auch der nichts kriegen soll, dessen Familienangehörige arbeiten. Die sollen ihn mit durchfüttern! Endlich soll der Arbeitslose viel schärfer als bisher gezwungen werden, jede, aber auch jede ihm angebotene Arbeit zu übernehmen. Nur körperliches Unvermögen soll als Ablehnungsgrund gelten. Tut er es nicht, soll er die Unterstützung nicht nur auf vier Wochen verlieren, sondern ganz und gar, bis er sie durch neue Halbjahrsarbeit abermals erworben hat. Endlich soll auch noch die Unterstützung durch allerlei Rechenkünste verkleinert werden. Namentlich sollen Landbewohner, die in der Stadt gearbeitet haben, hinfot nach den niederen Tarifen ihres Wohnortes unterstützt werden.

Auf diese Weise hofft die Unternehmerdreschicht die 400 Millionen „einzusparen“. Und die Arbeitgeberzeitung ist dreist genug, die angebliche „Mäßigung“ dieser Forderungen zu rühmen! „Nur die allerdringlichsten Reformnotwendigkeiten seien das, um „die Gefahren für den Fortbestand der Arbeitslosenversicherung abzuwenden“. Abriegen hat auch ein demokratisches Blatt, der Berliner Börsen-Courier, in dem gleichen Sinne von der „Kettung“ der Arbeitslosenversicherung gesprochen.

Man kann sie auch auf andere Weise retten. Wie wäre, wenn, solange das Reich so fürchterlichen Geldmangel hat, jedes Jahreiseinkommen über 30 000 Mark in die Reichskasse flöße? So wette, das Reich hätte bald Geld genug, und mit 30 000 Mark läßt sich immerhin noch leben.

Wie stehts mit der Wirtschaftslage?

Nach der dem Unternehmertum nachstehenden Presse müßte die deutsche Wirtschaft so ziemlich aus dem letzten Loch pfeifen. Durch alle Aufsätze dieser Presse zieht sich, mit bewusster Absicht, ein so auf Trübström gestimmter Ton, daß man an der deutschen Wirtschaftslage schier bezweifeln könnte, wenn die Verhältnisse nicht doch etwas anders lägen.

Die Berliner Handelsgesellschaft hat bisher eine unabhängige Haltung bewahrt, und in ihrem letzten Wirtschaftsbericht kommt sie auch zu einem wesentlich anderen Urteil. Sie schreibt, daß die Wirtschaft bisher eine bemerkenswerte Widerstandskraft gegen die Einflüsse der vorangegangenen Wirtschaftskrise gezeigt hat, „so daß von einer allgemeinen Wirtschaftskrise nicht gesprochen werden kann“. Sie erwartet eine starke Entlastung des Arbeitsmarktes durch Wiederbeschäftigung von jahreszeitlich betroffenen Arbeitslosen. Die Nachfrage nach Baukapital läßt eine verhältnismäßig lebhaft Beschäftigung für die Baustoffindustrie erwarten. Die Verdrängung der verarbeiteten Kleidungsbedürfnisse und die Zuführung neuer Käuferkreise, die in der Zunahme der Erwerbstätigkeit begründet liegt, wird auf die Bekleidungsindustrie nicht ohne Einfluß bleiben. Demgegenüber hat die erste Lage der Baumwollindustrie bereits wiederholt zur Erörterung der Frage einer organisierten Betriebsinschränkung Veranlassung gegeben. Zu dieser Auffassung über die Lage der Baumwollindustrie heißt es in einem Aufsatz des Wirtschaftsdienstes (vom 5. April):

„Daß im Allgemeinen, trotz Umfah- und Absatzschwierigkeiten, die Textilindustrie rentabel arbeitet, beweisen die im Durchschnitt auch im Jahre 1928 sehr günstigen Bilanzen und hohen Dividendenausschüttungen der Textilaktiengesellschaften, darunter, mit einigen Ausnahmen, auch der Baumwollindustrie. Die angeführten Zahlen beweisen auch, daß die Lohnbelastung der deutschen Textilindustrie nicht gar so schwer ins Gewicht fallen kann, zumal die Arbeitsleistung durch die zunehmende Intensivierung der Arbeit ständig gesteigert wird und keineswegs die 48-Stundenwoche die tatsächlich überall durchgeführte Arbeitszeit ist.“

Ein Lohnabbau würde lediglich dazu dienen, den Inlandsabsatz noch mehr als schon jetzt einzuschränken, da Lohnreduzierungen in einer Gruppe stets auf den Lohnstand in anderen Gruppen zurückzuwirken pflegen. Derselbe Wirkung aber

haben die von den Vertretern der Textilindustrie geforderten Bollerhöhungen, die doch zumindest eine Preishochhaltung im Inland bezwecken. Die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte zu begünstigen durch untaggare Preise im Inland ist aber ein ökonomisch verfehltes Unterfangen, das nur bei der heutigen Weltmarktlage zu Gegenmaßnahmen anderer Länder führt.

Über die Lage der deutschen Eisen- und Stahlindustrie heißt es in dem Bericht der Berliner Handelsgesellschaft, daß die Nachfrage auf dem Inlandsmarkt, begünstigt durch die Wiederaufnahme der Bauaktivität, eine merkwürdige Zunahme erfahren wird. Die außerordentliche Beurteilung der künftigen Entwicklung des Auslandsmarktes ist schon daraus zu entnehmen, daß im Hinblick auf die Bedürfnisse des Weltmarktes die Internationale Wohltätigkeitsgemeinschaft vom 1. April ab eine Erhöhung der Gesamtleistung um 2 Millionen Tonnen auf 31,287 Millionen Tonnen vorgenommen hat, was für die deutsche Quote von 43,18 % immerhin einen vierstelligen Mehranteil von 215 900 Tonnen bedeutet.

Die Maschinen- wie auch die Metallwaren- und Kleinmetzenindustrie haben in gewissem Umfang durch eine Steigerung der Ausfuhr die rückläufige Beschäftigung für den Inlandsmarkt auszugleichen vermocht. Es zeigt sich hier wie auch auf anderen Gebieten der Produktion, daß ein Anstieg in Ländern, die zu unseren Hauptabnehmern zählen, den Einflüssen einer inländischen Wirtschaftswachung in bemerkenswertem Maße entgegenwirken kann. Die Waggonbauindustrie würde das Zustandekommen des 100-Millionenauftrages von der Deutschen Reichsbahn die Sicherung einer befriedigenden Beschäftigung bis zum Jahresende bedeuten. In der Lokomotivindustrie ist dagegen die Lage nach wie vor ungelöst.

In der gemischten Industrie ist im allgemeinen ein zweites Aufstrebender Geschäftsverlauf zu erkennen. In der Metallindustrie kann im Zusammenhang mit der einsetzenden Frühjahrsgeschäftigung von einer guten Geschäftslage gesprochen werden. Auch die Berichte aus der Elektroindustrie lauten im ganzen nicht ungnädig. Bei einigermaßen günstigen politischen Voraussetzungen darf man somit der Entwicklung der industriellen Tätigkeit mit Vertrauen entgegensehen.

Der Streik von Hennigsdorf Eine Glatzleistung der kommunistischen Partei

Dreiviertel Bahnstunden nördlich von Berlin liegt hin- geworfen in märkischem Sande Hennigsdorf. Es mag schätzungsweise 5000 Seelen zählen. Häuser, Straßen und Gärten lassen erkennen, daß sie noch nicht lange dort stehen und die Bevölkerung von Bauern und Menschen mit dem Boden scheint einem noch nicht richtig begonnen zu haben. Links vom Bahndamm, ganz am Anfang des Ortes, eine große Fabrik der AG; auf der rechten Seite, weit hinten, wo sich die menschlichen Behausungen lichten, ein Stahl- und Walzwerk der Vereinigten Stahlwerke AG. Seinen Rohstoff bezieht das Walzwerk von den Schrotthäufen der Eisenindustrie der Umgebung; seine Arbeiter, 1700 an der Zahl, hat es gütenteils aus dem Ruhrgebiet, Oberschlesien und noch spitzigeren Landteilen zusammengeholt und hausweise in eignen Siedlungsbauten untergebracht. Die Ledigen hoden und schlafen in roh gezimmerten Logierkassen. Dieser Ort nun war die letzten vier Monate in das Rampenlicht der Öffentlichkeit gekommen durch einen Ausstand der Walzwerkarbeiter. Der Ausstand muß hier etwas ausführlich geschildert werden, weil er der bitteren Lehren für die Arbeiter-

schaft voll ist. Zeigt er doch aufs neue, wie leicht Arbeiter in eine ausweglose Sackgasse kommen, wenn sie die gewerkschaftliche Schulung und Rückendeckung entbehren; und er zeigt weiter, daß es gewissenlosen Gesellen immer noch findeberdicht ist, Arbeiterköpfe dermaßen zu vernageln, daß sie sich gegen ihre eigene Sache mißbrauchen lassen.

Nun zu dem Ausstand und seiner Ursache. Ende Januar traten 362 Walzwerkarbeiter von den 1636 des hennigsdorfer Unternehmens in den Streik, weil die Leitung die Stückpreise kürzen wollte. Sie begründete es damit, die Leute des Walzwerks hätten übermäßig verdient. Was „übermäßig verdient“ im Unternehmerrunde bedeutet, kennen wir zur Genüge. Immerhin: infolge der Ausperrung im Ruhrgebiet waren diesem Werte außerordentliche Aufträge zugegangen und anstatt man schon aus Gemeinschaftsgefühl mit ihren kämpfenden Berufsgenossen an der Ruhr nicht mehr als vorher zu leisten, hatten die Walzwerkarbeiter von Hennigsdorf drauflos gemüht. Wer da will, kann ihre unolidarische Handlung damit entschuldigen, daß von ihnen nur 90 gewerkschaftlich organisiert

waren, und davon wieder bloß ein Drittel nur ein paar Wochen. So wurde denn kräftig über „den Zapfen gewischt“ — zur Freude der Schwerindustriellen, die nun doch wenigstens einige ihrer Kunden beliefern konnten, und zur Freude der Walzwerkleitung in Hennigsdorf, der die Arbeiter nun selbst bewies, daß sie doch mehr fördern konnten. Die Folge war die Krüzung der Affordabzüge und der Versuch, sie durch Streik abzuwehren.

Wer ein wenig gewerkschaftliche Praxis hat, der konnte erraten, wie ein Streik mit dreiviertel Unorganisierten und folglich halb Mittellosen ausfallen muß, zumal wenn eine solche Belegschaft gegen ein Unternehmertum vom Schlage der Eisenindustriellen geht. Die Ortsverwaltung unseres Verbandes in Berlin schickte bald einen kundigen Mann, um den Streik in ausichtsreiche Bahn zu leiten. Wenn überhaupt, so war jetzt die Möglichkeit vorhanden, den Affordabzug abzuwehren, wo der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit seiner Finanzkraft und Erfahrung in Lohnkämpfen den Streikenden zur Seite trat.

Die Möglichkeit aber, daß die Streikenden heil aus der Sackgasse kommen könnten, brachte jene sauberen Zeitgenossen auf die Beine, die auf die Verleumdung der Arbeiterchaft ihr Geschäft aufbauen: die kommunistische Partei. Sie schickte ihre in Einheitsfrontsachen bewährten Leute nach Hennigsdorf mit einem großen Sack von Verleumdungen des Metallarbeiter-Verbandes und einer kleinen Gulafschkanone, woraus alle die gestärkt werden sollten, die den Inhalt des großen Sackes unter die Leute zu bringen bereit waren. Da bekanntlich der Stahlhelm das nicht lassen kann, was die KPD tut, so erschien auch er mit einer Gulafschkanone in Hennigsdorf, um mit seinem Geschäftsinteressenten in Idealkonkurrenz zu treten. Um die Lage der Streikenden völlig hoffnungslos zu machen, ließ die KPD gegen die Streikleitung des DMB eine besondere Kampfleitung aus Arbeitern, Frauen und Kindern bilden.

Als der Vertreter des DMB nach Hennigsdorf kam, um die Firma zur Zurücknahme des Affordabzuges zu veranlassen, fand er die Streikenden dermaßen gegen ihn verhetzt, daß er täglichen Angriffen nur dadurch zu entgehen vermochte, daß er in einem Kraftwagen des Werkes flüchtete. Die ehrlichen Verbandsmitglieder unter den Streikenden waren zu schwach an Zahl, um gegen die Flut der Verleumdung und die Waffe der Fäuste aufzukommen. So konnte denn die kommunistische Partei ihren ersten Sieg in Hennigsdorf erreichen: es gelang ihr, den zur Unterstützung der Streikenden gekommenen Vertreter des DMB unter Schimpfen und Bedrohen einer verhetzten Menschenmenge aus dem Orte zu treiben.

Das hätte ja noch gefehlt, daß sich die „Gewerkschaftsbongen“ hier einmischen. Hätten sie nicht der KPD die prächtige Gelegenheit verpaten können, der Welt zu zeigen, was sie zu leisten imstande ist? Womöglich wäre es den vermaledeiten „Bongen“ gar gegliückt, die Forderungen der Streikenden ganz oder doch teilweise durchzusetzen und den Streik zu beenden. Den Streik beenden — war das nicht Streikbruch? In der kommunistischen Presse und den Versammlungen wurden nun die Vertreter des DMB als Streikbrecher und die freien Gewerkschaften als Streikbrecherorganisationen hingestellt.

Warum da die Kommunisten nicht ganz andere Kerle? Wer daran noch zweifeln wollte, der wurde gleich eines andern belehrt. Als der Vertreter des DMB aus Hennigsdorf getrieben und so die „Einheitsfront“ hergestellt worden war, mußte die kommunistische Kampfleitung die Forderungen verschärfen: es wurde nicht mehr bloß die Zurücknahme der Affordabzüge verlangt, sondern auch noch eine Lohnerhöhung von 10 % die Stunde, dazu freie Lieferung von Kohlen, Herabsetzung der Wohnungsmiete usw. Einer Partei, die so was Nettes von dem Unternehmertum forderte, der mußte man doch folgen, nicht wahr? Und die Streikenden machten, wie ihnen geheißen, jeden Tag mit ihren Frauen und Kindern hinter der Notizen-Front-Kapelle Umgänge, schrien wie Belesen gegen die „Gewerkschaftsbongen“ und schworen der KPD Treue.

Gelbamerweise beachtete die Werksleitung sogar die berechtigten Forderungen der kommunistischen Kampfleitung nicht, sondern legte am 23. Februar das ganze Werk still. Das wurde von den Streikenden für nicht ganz unbedeutend gehalten. Sie wählten nun, nachdem sie vier Wochen Streik hinter sich hatten, eine Verhandlungskommission, unter deren kommunistischen Mehrheit fünf drei treue Mitglieder unseres Verbandes befanden. Auf Antrag dieser Kommission kam es am 27. März zur Verhandlung zwischen der Werksleitung, dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Metallarbeiter-Verband. Das war, wo der Streik acht Wochen gedauert und die Masse der Auszubildigen in bitterster Not war, nicht mehr auf viel Ausgeglichenheit des Unternehmers gerechnet werden konnte, war der Vertreter des DMB konnte vor lauter Beschimpfung, and Bedrohungen kaum das Verhandlungsergebnis bekanntgeben. Es wurde auf Weisung der kommunistischen Stellen abgelehnt. Bald wurde der Metallarbeiter-Verband von seinen Mitgliedern wieder erlucht, eine neue Verhandlung zu versuchen. Das geschah. Das erste Verhandlungsergebnis wurde in manchen Punkten gebessert. Es sollten noch etwa 40 Walzwerksarbeiter von den Abzügen, durchschnittlich 15 %, betroffen werden. Den Abzug begründete die Direktion damit, daß das „über den Zapfen gewischt“ eine Krüzung der Affordabzüge veranlaßt habe und die neuen Maschinen eine Reibleistung ohne größere Anstrengung gestatteten.

Ob das wahr war oder nicht, die Vertreter des DMB hatten das Meinungslosigkeits getan, die Verschlechterungen rückgängig zu machen. Sie wollten das Ergebnis ihrer Bemühung den organisierten Streikenden zur Beschlußfassung unterbreiten. Als sie vor dem Versammlungssaal erschienen, wurden sie von einer tausendköpfigen Menge, meist Frauen und Kindern, mit einer Flut von Unfluthen empfangen. Die Richtungskorrekturen hatten den Saal bejezt. Nach mühseliger Verhandlung konnten sie zum Verschließen des Saales gezwungen werden. Noch andere Umstände deuteten darauf hin, daß die kommunistische Partei Vorzüge für einen neuen Sieg getroffen hatte. Die Verhandlungen der Verhandlungskommission nahen kein Ende. Die Notizen waren verschlossen. Mit vieler Mühe kam eine Abmahnung zustande. Die parlamentarisch vorgeschriebene Stimmzahl für die Fortsetzung des Kampfes wollten die beiden Verhandlungskommissionen nicht erreichen. Als sie schließlich der Direktion das Ergebnis der Abstimmung mitteilen wollten, gab ihnen ein heulendes Schreien der Arbeiter und Streikender mit Frauen und Kindern das Geleit. Zur Stille wurden sie von der Schwerkraft der Auszubildigen bedrückt; das Reden war von wunden und weinlichen Roboterparolen umhüllt. Die Vertreter unseres Verbandes fühlten sich ihres Lebens nicht mehr sicher. Es schien ihnen dringend geboten, das Überfallkommando anzufragen. Unter dessen Schutze erst gelang es ihnen, über Untere Berlin zu erreichen. Das war der zweite Sieg der KPD in Hennigsdorf.

Die Ortsverwaltung erklärte auf Grund der Abstimmung ihrer Mitglieder den Streik für beendet. Die kommunistische Partei berief schleunigst eine Versammlung ein. Daraufhin wurden die Arbeiter, die die Arbeit aufgenommen hatten — am zweiten Tage 70 —, von Kollkommandos aus ihrer Wohnung in die Versammlung geschleppt, wo sie durch Handschlag bekräftigen mußten, daß sie ihren „Berrat“ bitter bereuten. Dabei wurde ihnen bedeutet, daß, wenn sie ohne Zustimmung der Kampfleitung die Arbeit aufnahmen, ihnen die Knochen entzwei geschlagen würden. Damit darüber kein Zweifel aufkommen konnte, wurden in den Werkstübelungen die Haustüren abgeschlossen und die Männer, die zur Arbeit wollten, von den Frauen bespuckt und beschimpft. Die Kollegen, die mit der Bahn heimzufahren hatten, bekamen die Fäuste der Kollkommandos zu spüren. Als dann die Auszubildigen das Gemeindehaus stürmten, um von dem Gemeindevorsteher Unterstützung zu erpressen, wurde der Belagerungszustand über Hennigsdorf verhängt. Nun erst, wo der kommunistische Terror gemindert war, wandelte sich die Stimmung unter den Auszubildigen und sie wogten wieder eine eigene Meinung zu äußern.

Dies sind die Vorgänge, wie sie sich aus den Schilderungen von Ausgesperrten und Streikenden, von Gewerkschaftern und Unorganisierten, von Geschäftsleuten und sonstigen Einwohnern Hennigsdorf am 27. April ergaben. An diesem Tage hätte man nach dem Urteil der kommunistischen Presse glauben können, keinen einzigen arbeitsbereiten Mann im Walzwerk zu finden. Statt dessen liefen schon ein paar Walzenstrahlen und im Vorzimmer der Arbeiteraufnahme preßten sich mehr Arbeitsbereite, als aufgenommen werden konnten. Das Werk ist nun wieder in vollem Betrieb und alle Plätze sind besetzt, das heißt von den einst 1686 Leuten sind 1145 eingestellt worden, mindestens 500 warten umsonst darauf, jemals wieder eingestellt zu werden. Etwa ein Viertel der Überflüssigen sind Familienväter, wovon ein großer Teil in den Werkshäusern wohnt. Deren Schicksal ist besonders beklagenswert.

Da hatten die Streikenden auf Geheiß der kommunistischen Partei Zurücknahme des Affordabzuges, außerdem 10 % Lohnerhöhung die Stunde, freie Lieferung von Kohle, Herabsetzung der Mieten und dergleichen mehr gefordert, und nun sind die einen froh, daß für sie der Metallarbeiter-Verband noch einigermaßen erträgliche Arbeitsbedingungen erreicht hat, während 500 Mann nicht einmal mehr zu diesen Bedingungen schaffen können. Das ist bitter. Welche Stimmung jetzt unter den Arbeitern des Walzwerks herrscht, kann man sich denken. Man kann die Gedrücktheit dieser schwer schanzenden Proletarier wohl verstehen. Sie haben viele Wochen gestreikt, keinerlei Einkommen gehabt und sich nur von kümmerlicher Suppe genährt. Und trotz aller Entbehrungen, Umzüge und Verantwaltungen war es nicht möglich, die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ganz abzuwehren, und was errungen wurde, ist der Verhandlung des Metallarbeiter-Verbandes zu verdanken, also denselben „Reformisten“, die man weidlich beschimpft und zweimal davon gejagt hatte. Wie konnte das nur so kommen? Hatte die kommunistische Partei nicht etwas ganz anderes versprochen?

Ihre jetzige üble Lage verdanken die Walzwerksarbeiter von Hennigsdorf der kommunistischen Partei. Diese Partei hat wohl mit einem Aufgebot von ein paar tausend Fäusten und Zungen über ein paar Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes zweimal gesiegt, aber den so sicher in Aussicht gestellten Sieg über die Direktion des Walzwerks ist sie schuldig geblieben. Fünfhundert Arbeiter, die auf die kommunistische Partei gebaut haben, sind nun stellunglos, stehen vor dem Nichts und müssen abwandern, um irgendwas anders Unterfaust zu suchen. Noch ehe sie auf die Wanderung gehen, wird die KPD mit ihrer Gulafschkanone und ihren herausragenden Verleumdern der Gewerkschaften von Hennigsdorf abgewandert sein. Was sollten sie nun jetzt noch hier? Sie haben ja ihre Aufgabe ausgezeichnet erfüllt: sie haben den Metallarbeiter-Verband nach Strich und Faden heruntergerissen, eine vielzahlreiche Belegschaft monatelang in Verzweiflung und Verdienstlosigkeit gehalten und ein halbes Tausend Proletarier für noch viel länger brotlos gemacht. Aus dieser Glanzleistung wird die KPD Mut zu gleicher Tat schöpfen. Ob sie noch mehr Dumme finden wird?

Hochwertig und kaufkräftig!

Das Unternehmertum und seine Schreiberlinge jammern dauernd in allen Tonarten über die „Not der Wirtschaft“. Jede, auch die kleinste Lohnerhöhung wird von den Herrschaften als für die Wirtschaft untragbar hingestellt. Wie aber trotz dieser Not der Wirtschaft es den Fabrikanten, Direktoren und anderen, zur „guten Gesellschaft“ zählenden Kreisen ausgezeichnet geht, verrät eine an die Ladenbesitzer gerichtete Werbekammer der Bergisch-Märkischen Zeitung. Dieses Blatt schreibt:

„Wenn man von der Stadt (ein hochgelegener Ausflugsort bei Oberfeld-Barmen) ins Bergisch-Märkische Land Ausflugsort hält, so fallen die vielen Fabriken, die Kirchen, die Stammenhäuser, die Wohnhausgebiete, die zahllosen schönen Villen und die Einfamilienhäuser sofort ins Auge. Sie haben sich deutlich und scharf ab vom dem übrigen Häusermeer, in dem dichtgedrängt die Massen wohnen. — An diesen Stätten (den Villen und prächtigen Einfamilienhäusern) wohnen unsere Annoncanten, die Fabrikanten, die Direktoren, die Profuratoren, die Anwälte und Ärzte, die Geistlichen und andere mehr. In diesen Einzelhäusern haben sie ihr Heim.“

Weshalb eine starke Kaufkraft wohl doch in diesen Kreisen Ihre Umgebung, ihr Haus, das Milieu, in dem sie aufgewachsen sind, und ihre finanzielle Lage machen sie zu Kunden, die für jeden Kaufmann von allergrößtem Wert sind. Es sind die Kunden, die der Geschäftsmann besonders gern in seinen Räumen sieht, denn er weiß, daß diese Kunden die guten Waren bevorzugen, Sinn für Qualität haben und den Ankauf in großem Maße fröhlich können. Diese Kunden bringen dem Kaufmann den wirklichen Gewinn. — Seien Sie überzeugt, wir verstehen die Bedeutung der Masse nicht, aber kaufkräftig ist die Masse nur in Amerika. In Deutschland ist sie bitterarm und die Reparationslasten machen eine Änderung unmöglich.“

Sie wird also mit erschütternder Offenheit zugegeben, daß trotz der Reparationslasten die Unternehmern, Direktoren und andere, der „guten Gesellschaft“ angehörende Kreise über eine starke Kaufkraft verfügen. Sie wohnen in „zahlreichen schönen Villen und Einfamilienhäusern“, während die „bitterarme Masse“ dichtgedrängt zusammengekauert, in oft mehr wie tagelangen Wohnungen. Die Leute mit der „starken Kaufkraft“ und die in den „schönen Villen“ wohnen, bilden die nämliche „gute Gesellschaft“, die gegen die Sozialpolitik steht, bei jeder Lohnforderung der Gewerkschaften heulend über den Not der Wirtschaft und der Untertugend selbst der bescheidensten Lohnforderung jammert! Das ist die nämliche „gute Gesellschaft“, die von der Sozialpolitik als ein einziger Steinwurf für das „Drohzentrum“ spricht, für das in Deutschland kein Platz mehr sei. Dieselben Kreise, die sich berufen fühlen, vom Untergang des deutschen Volkes zu verhindern, weil die von der Not getriebenen „Masse“ in „berufswirtschaftlichen Eigenart“ das Ausrücken einschränken. Wo das wahre Drohungzentrum haust, wie es sich auf Kosten der „bitterarmen Masse“ in Wohlleben und Unwissenheit wälzt, das erblickt wieder einmal aus eigener Erkenntnis der Bergisch-Märkischen Zeitung, die die sogenannte gute Gesellschaft wohl kennen mag.

Nach den Angaben des Reparationsagenten liegen in Deutschland die Löhne von neun Millionen Invalidenversicherter wöchentlich unter 80 M. und die von zwei Millionen Angestelltenversicherter monatlich unter 200 M. Nach derselben Quelle aber sind die Weizsäcker-Gehälter bei den 860 größten deutschen Unternehmungen um 84 %, die Löhne aber nur um 7 1/2 % gestiegen. Nach dem Bericht des Reparationsagenten ist bei 1518 Unternehmungen eine Durchschnittsdividende von 7,47 %, gleich 1 1/2 Milliarden Mark gezahlt worden. Diese Angaben Parler Gilberts sind bisher noch nicht widerlegt worden.

Solange solche Gegenstände bestehen, ist das Gejammer über die „Not der Wirtschaft“ und die Reparationslasten nichts als Unberechenbarkeit; kein vernünftiger Arbeiter wird diesen Sog glauben. Nicht Abbau der Sozialpolitik und der Löhne, sondern u. s. u. und Uffbau auf Mag die „gute Gesellschaft“ noch so sehr über die Weizsäcker-Gehälter der Arbeiterchaft zeternt, sie hat sicherlich viel mehr als die „gute Gesellschaft“ Anrecht auf die Kulturkriter, weil diese von ihr, der Arbeiterchaft, geschaffen werden, nicht vom Drohungzentrum.

Anfangsgehalt unter 100 Mark

Alle Tage jammert die Unternehmerpresse über die hohen Löhne, die angeblich sämtliche Rationalisierungsbesparnisse der letzten Jahre aufgezehrt hätten. Zeitungsstimmen des In- und Auslandes müssen zur Beweisführung dienen. Die „hohen“ Löhne und Gehälter haben alles verschuldet, angefangen mit der Arbeitslosigkeit bis zur Unrentabilität der Betriebe und das Wirtschaftselend im allgemeinen. Leider werden durch diese Schlagworte viele Tatsachen verdeckt oder totgeschwiegen. Manche amtliche Stelle und ein großer Teil der Öffentlichkeit wird ebenfalls beeinflusst.

Zweifellos hatte unter diesem Einfluß auch die letzte Lohnregelung für den Ruhrbergbau zu leiden. Der verbindlich erklärte Schiedspruch erhöhte die Löhne um ganze zwei Hundertsätze. Jetzt haben auch die Angestellten des Ruhrbergbaues ihren Gehaltsstufung gekündigt. Da erscheint es doch zweckmäßig, eine Bestimmung des vorjährigen Gehaltsstufungsspruches zu wiederholen, die für sich spricht: Die... Gehaltsätze... werden um 7 % erhöht. Soweit unter Berücksichtigung dieser Erhöhung Anfangsgehälter noch unter 100 M. liegen, sind sie auf 100 M. zu erhöhen.

Im allgemeinen versuchen die Unternehmer den Angestellten besser zu bezahlen wie den Arbeiter, damit er sich „etwas Besseres“ dünkt und sich als Antreiber gebrauchen läßt. Wenn aber selbst für Angestellte noch solch niedrige Gehälter tariflich festgelegt werden können, dann ist das ein Beweis dafür, wie arg die Unternehmerpresse die Wahrheit liegt.

Wehe wenn du alt bist!

Eine der wichtigsten Seiten des Arbeitslosenproblems ist die Frage, wie die älteren Arbeitskräfte untergebracht werden können. Infolge des anders gearteten Aufbaues der Bevölkerung ist der Anteil der älteren Jahrgänge an der Gesamtzahl der Beschäftigten besonders groß. Auf einige Merkmale dieses Fragenkomplexes macht das Landesarbeitsamt Rheinland in seinem Bericht vom 10. Mai u. a. in folgenden Ausführungen aufmerksam:

„Die Arbeitsämter berichten darüber, daß bei den Anforderungen von Arbeitskräften ältere Leute abgelehnt werden. Diese Wiedereinstellungsschwierigkeiten der älteren Jahrgänge, so wohl der Arbeiter als auch der Angestellten, hängen nicht ohne weiteres mit günstiger oder ungünstiger Arbeitsmarktlage der betreffenden Berufe, sondern vielmehr mit dem Altersaufbau der Belegschaften zusammen. Es gibt Einstellungsstellen für die älteren Jahrgänge auch in Berufen, deren Arbeitsmarkt günstig ist. Die älteren Leute haben Schwierigkeiten bei der Einstellung hauptsächlich da, wo der Anteil der älteren Jahrgänge an der Belegschaft verhältnismäßig hoch ist und eine „Überalterung“ vorliegt. Der Anteil der älteren Jahrgänge an den Belegschaften hat mit dem veränderten Altersaufbau des deutschen Volkes in den letzten Jahren zugenommen. Unter dem Einfluß der arbeitsrechtlichen Gesetze werden bei Wiedereinstellungsmaßnahmen zunächst die jüngeren und lebigen Leute entlassen, wodurch sich der Anteil der älteren Jahrgänge erhöht. Zum Ausgleich werden dann bei Wiedereinstellungen die jüngeren Leute bevorzugt. Während bei den älteren Jahrgängen die Arbeitslosigkeit auf den Wiedereinstellungsschwierigkeiten beruht, hängt sie bei den jüngeren Jahrgängen damit zusammen, daß sie zur Schonung der älteren Leute bei nachlassender Beschäftigung in vielen Fällen zunächst entlassen werden. Wir sehen hier die beiden Seiten des gleichen Arbeitsmarktproblems. Die Arbeitslosigkeit der jüngeren jugendlichen Jahrgänge und die Einstellungschwierigkeiten der älteren Leute bilden ein für den Arbeitsmarktpolitiker wichtiges Problem.“

Sie wird auf den Einfluß der arbeitsrechtlichen Gesetze hingewiesen. Wäre der Schutz dieser Gesetze nicht vorhanden, dann würde die Schwere der Beschäftigungslosigkeit viel härter auf den älteren Arbeitern und Angestellten lasten als jetzt.

Der Profit weiter gestiegen

Das Bankhaus Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin, schreibt in seinem Wochenbericht vom 4. Mai bei einem Überblick über die Verhältnisse der Dresdener Börse u. a. folgendes: „Obwohl das Geschäftsjahr 1928 durchaus im Zeichen der abtiefenden Konjunktur stand, ist es doch den meisten Unternehmen gelungen, wiederum ein beachtliches Gewinnergebnis zu erzielen... Es verteilen 45 Gesellschaften die gleiche, 21 Gesellschaften eine höhere und 12 Gesellschaften eine niedrigere Dividende als im Vorjahre. Der Durchschnitt der Dividenden beträgt für 1928 6,47 %, für 1928 6,31 %, für 1927 7,52 % und für 1928 7,55 %.“

Demnach hat die Steigerung der Dividende trotz der ungünstigen Wirtschaftslage angehalten. Für die an der Berliner Börse gehandelten Papiere stellt die Wof. Stg. fest, daß für Ultimo April eine Steigerung der Aktienrenten von 5,29 auf 6,64 % eingetreten sei. Hierin spiegelt sich neben der Erhöhung der Dividende die rückläufige Bewegung der Börsenkurse im April wider. Waren im Jahre 1927 noch durchschnittlich 40 % und im ersten Vierteljahr 1928 noch 24 % aller Papiere ertragslos, so waren es im ersten Vierteljahr 1929 deren nur noch 21 %. Eine wesentliche Steigerung der Aktienrenten ist aus dieser Berechnung zu ersehen.

Daher das laute Geschrei der Unternehmer über geringe Rentabilität und zu hohe Löhne. Sie werden noch lauter schreien, wenn der Profit noch weiter steigt. Die Herren wollen damit die Aufmerksamkeit von ihren Gewinnen ablenken, damit sie beim Einkassieren nicht behelligt werden.

Aus dem Inhalt

Die „Rettung“ der Arbeitslosenversicherung — Wie stehts mit der Wirtschaftslage? — Der Streik von Hennigsdorf 161
Hochwertig und kaufkräftig! 162
Maschinenmenschen für Arbeiter — Fachwissen-schaftler und Erfinder 163
Was fehlt der Welt? — Liebe! — Anspruch auf das erweiterte Wochengeld 164
Ringen um Sozialversicherung — Fahrt über den Kanal — Gesang hinter Gittern — Sozialer Sieg durch soziale Menschen 165
Ergebnisse der Verbandstätigkeit — Der Achtstundentag wieder eingeführt — Adolf Braun gestorben 166
Das Doppelgesicht der Abschreibungen 167

Maschinenmenschen für Arbeiter?*

Maschinen können Waren erzeugen, aber nicht kaufen!

Von Fritz Kummer

Der Zweck der Rationalisierung, an deren Ende nun der Maschinenmensch steht, ist, den höchsten Ertrag mit möglich wenig Unkosten zu erreichen. Dies läuft in der Praxis auf die Überflüssigmachung der Handfertigkeiten und der teuren Arbeitskräfte hinaus. Diese Tatsache ist geeignet, die Hoffnung zu dämpfen, daß die große Seere der Beschäftigungslosen bald wieder Aufnahme in der Warenerzeugung finden. Das Gegenteil ist, wie die wirtschaftlichen und politischen Dinge heute liegen, wahrscheinlicher, zumal ja einige Länder, wie England und Frankreich, mit der Produktionstechnischen Umstellung kaum erst begonnen haben.

Der heutige Zustand läßt einen unwillkürlich an die Zeit vor hundert Jahren denken, wo die Maschine ihren Einzug hielt. Die Handwerker verloren allmählich ihre Arbeitsstellen, ihre berufliche Geschicklichkeit hatte jeden Wert verloren, und die Aussicht, jemals wieder die Kunst ausüben zu können, wurde mit jeder neuen Maschine geringer. Welche namenloses Elend und welche verzweifelte Stimmung diese technische Umstellung in den deutschen Weberbezirken hervorrief, wissen wir aus Gerhard Hauptmanns „Weber“. In England war es eher noch schlimmer. Landauslandab rotteten sich die von der Maschine brotlos gemachten oder von ihr bedrohten Männer zusammen, sagten ihr rückhaltlose Fehde an, schlichen sich nachts in die Fabriken, zerschlugen die Maschinen und schien deren Besitzern den roten Fahnen auf's Dach. Allein, jeder zerschlagenen Maschine erstanden zehn, hundert neue, die auch den Rest der Handwerker, einem Tausend gleich, vor sich her in das brotlose Nichts trieben. Die brotlos Gemachten aber mußten Brot haben. Ob sie wollten oder nicht, sie mußten ihre Frauen und Töchter an die verhaßte Maschine schicken, damit sie wenigstens ein paar Groschen heimbrachten.

Die Arbeiter der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts traten der sie brotlos machenden Maschine so gegenüber, wie es ihrer wirtschaftlichen Erkenntnis und ihren organisatorischen Mitteln entsprach. Da es mit beiden überaus schlimm bestellt war, lief auch ihre Abwehr schlimm aus. Indessen, die Maschine unterjochte nicht nur die Arbeiter, sondern trug auch die Unterjochten maßenhaft auf dem engen Boden der Fabrik zusammen, vertiefte ihre wirtschaftliche Erkenntnis und lehrte sie gemeinschaftlich denken und handeln. Damit ward eine der obersten Voraussetzungen für erfolgreiches Handeln erfüllt. Was Wunder, daß mit der Ausbreitung der Maschine der geistige, organisatorische und auch der politische Aufstieg des Proletariats einherging, der seine ersten Höhepunkte in der spanner Weberrevolte — „Arbeitsleben oder kämpfend sterben!“ — der (englischen) Chartistenbewegung und den 1848er Aufständen fand. Noch mehr. Die Maschine verbreiterte nicht bloß den geistigen Horizont der einstigen Fabrikarbeiter, mehrte ihre Kampfmöglichkeiten und ließ sie gegen die politischen Schanzengrenzen der Bourgeoisie anstürmen — die Maschine brachte auch erst eigentlich die Vorbedingung für mehr Freiheit und mehr Brot, für ein besseres Leben. Und in der Tat geht mit der Ausbreitung der Maschine die Besserung der wirtschaftlichen Lage und die Vermehrung der politischen Rechte des Proletariats parallel. Das gottgegebenen Ironie der Arbeiterwelt ward zum fordernden Arbeiter, der Paria zum politischen Bürger.

Das Janus-Gesicht der Maschine

Die Maschine hat ein Janus-Gesicht, dessen eine Seite verheißend grinst, dessen andere Seite verheißungsvoll lächelt. Welche Seite jeweils der proletarischen Wirklichkeit entspricht, das hängt viel ab von der Tiefe oder Flachheit der Erkenntnis der Arbeiterklasse und von der Schwäche oder Stärke ihrer Organisation. An der wirtschaftlichen Einsicht und ihrer organisatorischen Geschlossenheit bemisst sich die Erfolgsaussicht der Arbeiterklasse. Und weil die beiden großen Vorbedingungen des Erfolges heute unendlich besser als einst erfüllt sind, wird die Überwindung von Mischlichkeiten jetzt unendlich leichter, nein, gewiß sein.

Ihrer wirtschaftlichen Einsicht oder ihrem Mangel entsprechend haben die Arbeiter vor hundert Jahren mit Brecheisen und Brandfackel gegen die sie brotlos machende Maschine gekämpft. Gegen die brotlos machende Rationalisierung und den Maschinenmenschen ebenso anzukämpfen, kommt dem Arbeiter von heute nicht einmal in den Sinn. Wie sollte er auch! Gewiß ist die Maschine dermaßen in die Breite und Höhe gewachsen, daß sie den Menschen ganz überstättet, ja leidet. Ohne Zweifel erfordert die Rationalisierung beträchtlich mehr an Kraftaufwand und Nerven. Unbestreitbar hat sie Hunderttausende von fleißigen Menschen von der Arbeitsstelle weg auf die Straße geworfen und sie wird sicherlich darin fortfahren, wie die immer größer werdende Familie der Robots bezeugt. Das ist gewiß die Wahrheit, aber doch nur zur Hälfte.

Neben dem Schatten hat die Maschine für den Arbeiter auch Licht. Sie schafft ihn tagtäglich rasch und bequem zur Arbeitsstelle, hebt ihn in ein paar Minuten weit zur Sonne empor, lockt ihm im Handumdrehen das Essen, versorgt ihn mit wohlfeilen Kleidern und seine Frau mit seidenen Blusen und Strümpfen, wärmt ihm jederzeit die Wohnung, erfreut ihn daheim für wenig Geld mit der besten Musik und gestattet ihm ausspannen, damit er in Ruhe teilnehmen kann an den Dingen der Kultur und der Technik. Kurz, die Maschine ist zu einem so gewichtigen Teil des Daseins auch des Lohnarbeiters geworden, daß er ohnedem gar nicht mehr bestehen kann. Und das wird je länger desto mehr der Fall sein.

Freilich, in alledem und alledem können die unzähligen Arbeiter keinen Trost finden, die durch die Rationalisierung überflüssig gemacht sind, noch werden durch all das jene vielen heiter gestimmt, die sich durch die Maschinenmenschen zum Stempeln gebrängt sehen werden. Denn wie immer man den Einfluß der Rationalisierung und den der Robots auf den Beschäftigungsgrad beurteilen mag, eine erhebliche Zahl von Arbeitern wird sicherlich ausgeschaltet bleiben — vorderhand wenigstens, während viele Handfertigkeiten, der wirtschaftliche Vorteil ganzer Berufsgruppen völlig verschwinden wird. Das ist jedoch nur die eine Seite. Andererseits ist damit zu rechnen, daß neue Berufe oder Handfertigkeiten entstehen oder verlangt werden, und zwar geistigere Berufe und hoch-

wertigere Handfertigkeiten, um all die feinen Mechanikern auszubilden, aufs Papier zu bringen, zu verfertigen und schließlich zu überwachen. Alte, unergründlich gewordene Tätigkeitsgebiete werden geschlossen, neue, ertragreichere erschlossen.

Ehe dies in fühlbarem Maße der Fall sein wird, können allerdings Monate und Jahre des Stempelns vergehen, wie ja beispielsweise die langjährig gleich stark bleibende Arbeitslosigkeit in England kläglich beweist. Die Zeit der technischen Umstellung bedeutet für zahlreiche Arbeiterscharen eine Zeit der Einschränkung und des Hungers. Die Gewerkschaften werden, das ist selbstverständlich, noch nachdrücklicher darauf bestehen, daß das Los der Beschäftigungslosen erträglich gemacht wird. Der Widerstand der eigentlichen Nutznießer der Rationalisierung gegen die Erwerbslosenunterstützung ist bekannt. Gerade in diesen Wochen sind sie erneut drauf und dran, den Beschäftigungslosen die einzige und wahrhaftig viel zu kurze Lebensmöglichkeit zu nehmen. Die wohlgenährten Nutznießer schlagen vor, die staatliche Unterstützung durch Sparzwang zu ersetzen. Sie verlangen, daß die, die nichts zu sparen haben, sparen sollen. So fügen diese profitgierigen „Reformer“ zu ihrer Rücksichtslosigkeit noch den Hohn.

Unsere Unternehmer sind bei Lichte besehen doch Prachtskerle, dies insofern, als sie den abgehalfterten Majestäten und ihren Erbiern den Vorbeer streitig machen wollen. Die monarchistische Birne, zwar längst schon wurmfressig und abfallreif, hätte sicherlich noch eine Zeitlang gebaumelt, wenn die Herren von des Volkes Dummheit Gnaden wenigstens so weise gewesen wären, den großen Sturm zu verhüten. Da sie das nicht verstanden, fiel die Birne in die Gasse. Wie die Monarchisten durch ihre negative Klugheit und Rücksichtslosigkeit zu erfolgreichen Agitatoren der Republik wurden, so werden unsere industriellen Reaktionsäre durch ihre Verbohrtheit gegen alles, was die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft betrifft, zu wirksamen Agitatoren für die Vergesellschaftung des Privateigentums. Hätten unsere genialen Wirtschaftsführer nur etwas mehr von der Genialität, die sie zu haben vorgeben, sie müßten selbst darauf dringen, daß den Erwerbslosen, den ungeschuldeten Opfern der kapitalistischen Mißwirtschaft, die schwere Zeit so leicht wie immer gemacht wird.

Prosperität oder „rotes Fieber“

Wären unsere heimischen Unternehmer nicht so arg mit Kurzsichtigkeit geschlagen, sie würden um ihrer selbst willen ihre amerikanische Standesgenossenschaft zum Vorbild nehmen. Die neue Regierung der Vereinigten Staaten, die ausgesprochene Vertreterin des Großkapitals, erklärt es als ihre Hauptaufgabe, die „Prosperität zu stabilisieren“. Diesem Ziele war übrigens auch ein erheblicher Teil der Tätigkeit der amerikanischen Regierung durch die Reparationskonferenz zu Paris gewidmet, worüber noch zu sprechen sein wird. Der Drang des amerikanischen Kapitals, die „Prosperität zu stabilisieren“, entspringt heilich nicht der Liebe zur Arbeiterschaft, wohl aber der einfachen kapitalistischen Erwägung, daß die Millionen Beschäftigungslosen baldmöglichst von der Straße weg in lohnende Beschäftigung gebracht und zu kaufkräftigen Warenverbrauclern gemacht werden müssen, sollen die Herde des „roten Fiebers“ ausgetrocknet und die kapitalistische Gesellschaft vor Erschütterungen bewahrt bleiben.

Weber die Arbeiter in Amerika noch anderswo werden geneigt sein, dauernd die Kosten der Rationalisierung zu tragen oder sich von Maschinenmenschen auf den Altisenhaufen werfen zu lassen, weder die sozialistischen, noch die katholischen und die deutchnationalen Arbeiter. Wie sehr dies auch auf die letzteren zutrifft, bezeugt eine Entschlieung des deutchnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (Gau Niederrhein). Darin wird den eigenen Parteigrößen, den deutchnationalen Herren Jugenberg und Konforten wegen ihrer Feindschaft gegen die Erwerbslosenunterstützung nichts weniger als Gemeingefährlichkeit, Unerschlichkeit und die Beleidigung der Arbeiterschaft vorgeworfen. Auf diese deutliche Sprache ihres bislang allzeit getreuen Angestelltenstammes weiß die gute schwerindustrielle Bergwerks-Zeitung weiter nichts zu stammeln, als die Handlungsgehilfen sollten mehr Anstand und Toleranz üben. Eigentlich müßte es, so möchte man meinen, jeder Unternehmer begrüßen, daß die Arbeiter sich dagegen wehren, durch die Rationalisierung erwerbslos und einkommenlos gemacht zu werden. Denn selbst wenn, wie ein kurzsichtiges Unternehmertum strebt, der lebendige Mensch noch mehr von der Maschine und den Robots überflüssig gemacht ist, hätte das Unternehmertum nichts gewonnen, wohl aber viel verloren. Denn Maschinen und Robots können zwar die Produkte erzeugen, aber sie können sie nicht kaufen und verbrauchen. Darum sind je länger desto mehr Menschen mit möglichst hoher Kaufkraft, das heißt also eine hoch bezahlte Arbeiterschaft unerlässlich. Wer eine hohe Wirtschaftsbilanz will, muß hohen Lohn und geringe Arbeitslosigkeit wollen.

Weiter oben wurde mit gutem Bedacht daran erinnert, daß im Gleichschritt mit der Maschine die wirtschaftliche Erkenntnis, die Organisation, die Kampfkraft und der Erfolg der Arbeiterschaft gewachsen sind. Das gilt in der Vergangenheit, das wird auch in der Zukunft gelten. Durch die Rationalisierung wird die Maschine weiter verbilligt und dadurch in die entlegensten Ecken getragen. Womit auch der Einfluß der Arbeiterschaft gestärkt, verallgemeinert wird. Wie wahr das ist, läßt sich schon an dem Eindringen des Motorwagens in die ländlichen Gassen ermaßen. Das ist ein besonderes Kapitel, und ein recht verheißungsvolles obendrein für die sozialistische Sache im allgemeinen und für den Metallarbeiter-Verband im besonderen: Die Motorisierung der Landwirtschaft wird nun, wo der General Motor in Rüsselheim eingezogen ist, erst richtig in Gang kommen. Anstelle des Pferdewagens wird mehr der Kraftwagenführer, anstelle der Scheune der Autoschuppen, anstelle des Tierarztes der Motorreparateur treten. Tausende von Metallarbeitern werden aus der Großindustrie hinaus ins flache Land geschoben. Der Motor bringt die Landbevölkerung in viel engere Verbindung mit der städtischen. Das bauerliche Hinterland wird vom „Reformwillen durchseucht“. So gilt auch hier, daß mit der Vermehrung des menschlichen Daseins der Einfluß der sozialistischen Arbeiterschaft wie von selbst zunimmt. Wer die erstere fördert, stärkt den andern. Der steigende Einfluß bedeutet für die Gewerkschaften die bessere Möglichkeit, die üblen

Wirkungen der Rationalisierung abzumildern, ihre Vorteile zu verallgemeinern, den Anteil des Arbeiters an dem Produktions-ertrag zu erhöhen und die Schaffenszeit zu kürzen.

Nach alledem wäre eigentlich nichts mehr über die Wirkung der Rationalisierung und des Maschinenmenschen zu sagen. Durch beide wird das Bestreben der Arbeiterschaft einen mächtigen Antriebe und zunehmende Erfolgsaussicht erhalten. Dem Weiterbildenden bieten sich in gar nicht weiter Entfernung erbauliche Aussichten. Ihm wird zum Beispiel das als eine Selbstverständlichkeit erscheinen, was heute vielen noch ganz unfassbar ist, nämlich daß man bald nicht mehr vom Achtstundentag, sondern vom Sieben- und Sechstundentag reden wird. Daß selbst in Deutschland die Unternehmer mit Herdverstand zahlreicher sein werden, die, wie wir Gewerkschafter, das Wort Wirtschaftsbilanz mit hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit buchstabieren werden. Und daß selbst auch diese Unternehmer doch nur, freilich ungewollt, unsere Sache fördern werden. Daß der Einfluß der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung unaufhaltsam und mächtig weiter steigt und sie auf dem Wege zu ihrem hohen Ziele schneller vorwärts kommt.

Wer über die trübe Stunde der Gegenwart hinwegzusehen vermag, der wird bestimmt keine Zivilisation sehen, die von Robots oder robotenden Menschen getragen wird, wohl aber eine Zivilisation, wo die Maschinen und die mechanischen Robots die Bürde des Menschen tragen und er nur noch der Überwacher, der Ingenieur ist.

Fachwissenschaftler und Erfinder

Seute war ein alter, lieber Freund bei mir, der schon seit langen Jahren an einer sehr bedeutenden Erfindung arbeitet, die gerade auf dem so wichtigen Gebiete der Erzeugung motorischer Kraft ohne Kohle und Öl umwälzend wirken muß. Die Erfindung ist ihm gelungen. Sie ist von einer ungeahnten Wichtigkeit für das künftige Leben des Menschen.

Ich kenne den Lebensweg, den mein Freund mit seiner Erfindung gehen mußte. Seine besten Freunde, selbst Verwandte von ihm, zweifelten an der Möglichkeit dieser Erfindung. Einige von ihnen antworteten, wenn man sie nach ihrer Ansicht fragte, etwa so herablassend oder, was noch schlimmer ist, mit einem mitleidigen Zug im Gesicht, als wenn sie sagen wollten: „Mit dem Stimmritze nicht mehr ganz!“

Die schwersten Steine wälzten ihm die Fachwissenschaftler in den Weg, denn er war ja nicht vom Bau. Sie erklärten seine Sache für unmöglich, da sie im Widerspruch mit allen wissenschaftlichen Dogmen stehe. „Wenn es möglich wäre, hätten wir es selbst schon lange herausgefunden, herausfinden müssen!“ Und da die Herren Wissenschaftler, meist Professoren an Universitäten und Technischen Hochschulen, für die Finanzleute die Erfindungen von größerer Tragweite begutachten müssen, ehe die Finanz die Idee finanziert, so fielen die Gutachten sehr schlecht aus. So wurde auf der Verwirklichung einer bedeutsamen Sache nichts. Die Jahre verstrichen. Und es war meinem Freund nicht möglich, in Deutschland finanzielle Unterstützung zu finden.

Er wollte die Erfindung dem deutschen Volk zur Auswertung überlassen. Als aber zahlreiche Vorträge in technischen Gesellschaften erfolglos blieben, trotzdem die bei den Vorträgen anwesenden Wissenschaftler nichts in der Aussprache zu entgegen hatten, sah er den Entschluß, sich ans Ausland zu wenden. Im Ru hatte er günstige Angebote aus England, Frankreich, Holland usw. Und nun hat mein Freund einem solchen Angebot ausgesetzt. In den nächsten Tagen wandert er bereits aus.

Ein großer ausländischer Konzern finanziert zur praktischen Auswertung die Erfindung, und mein Freund ist ohne eine weitere Einlage als die seiner Idee und seiner bereits vielfach erprobten Apparate zur Hälfte an der großen Aktiengesellschaft beteiligt. Jetzt auf einmal glauben seine Freunde festensfest an ihn und bereiten ihm im stillen Ehrungen, da der Erfolg an seiner Seite steht.

Wer denkt da nicht an die Schicksale so mancher großen Erfinders? Wer denkt nicht zum Beispiel an den Grafen Zeppelin? Ehe der erste größere Flug gelang, der in Scherdingen bei Stuttgart mit der Beförderung des ersten Luftschiffes endete, galt Graf Zeppelin in Friedrichshafen, am ganzen Bodensee, in Württemberg und in den Sachkreisen als ein Mensch, der nicht ganz richtig im Oberhirn ist. Die deutschen Fachgelehrten lehnten das Zeppelinsche System als unmöglich, als ein Strampeln ab. Die Bodenseer sprachen nur vom „berückten Grafen“. Und heute fährt der Zeppelin über das Meer und machte dieser Tage seine zweite erfolgreiche Mittelmeerfahrt.

Wäre es nach den zeitgenössischen Fachgelehrten gegangen, so gäbe es eben kein Zeppelin-Luftschiff. Hunderte ähnlicher Fälle könnte man leicht aufzählen. Fälle, bei denen es den Erfindern durch zähen Willen trotz deutscher Fachgelehrter gelungen ist, sich durchzusetzen. Wie viele Fälle aber gibt es, wo wichtige Erfindungen durch die mangelnde Unterstützung oder gar feindselige Bekämpfung durch die Fachgelehrten vermoderten und erst viele Jahre später ihre Aufzuehung fanden. Und wieviel gute und wertvolle Erfindungen deutscher Genies, die dem deutschen Volksermögen hätten zugute kommen können, bei deren Auswertung durch deutsches Kapital Tausende von deutschen Familien Arbeit und Brot hätten finden können, sind durch den Dünkel deutscher Fachgelehrten, weil der Erfinder nicht „vom Bau“ war, ins Ausland gewandert und haben dort Arbeitskräfte beschäftigt, die sonst das Heer der Arbeitslosen vermehrt hätten.

So wandert durch straffällige Kurzsichtigkeit und Dogmen-gläubigkeit der Fachwissenschaftler wieder eine wichtige Erfindung zu ihrer industriellen Verwertung ins Ausland. M. G. d. T. o. l. l.

Die größte Glühlampe der Welt

In den Vereinigten Staaten ist kürzlich für Versuchszwecke eine Glühlampe hergestellt worden, die eine Leistung von 50 000 Watt aufnimmt und somit sicherlich den Anspruch hat, die größte der Welt zu sein. Sie gleicht in ihrer länglichen Ausführung eigentlich mehr einer Radiodöhre und besitzt am inneren oberen Teil der Birne einen aus Metallfäden bestehenden Radiator, dem die Aufgabe zufällt, die ungeheure Hitze zu verstreuen, die von dem weisulühenden Wolframfaden ausgeht, welcher letzterer eine Temperatur von über 2000 Grad aufweist, also doppelt so heiß ist wie geschmolzener Stahl. Die Glasbirne ist mit Stickstoff gefüllt, der in Bewegung gerät, dadurch abkühlend wirkt und die feinen verdampften oder ausgestoßenen Wolframteilchen nach oben in den Radiator führt, wodurch eine Schwärzung der Glasbirne vermieden wird. Obwohl die beschriebene Lampe nur zu Versuchszwecken dient, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß so mächtige Lichtquellen schließlich einmal Anwendung finden, sei es beispielsweise auf Flughäfen oder zur Beleuchtung bei Kavaufnahmen.

* Siehe auch den Aufsatz über Maschinenmenschen in der vorigen Nummer der MZ.



Familie und Heim



Meiner Mutter Recht

Nur eine Mutter hab' ich,
Nur eine, die mich liebt,
Und die mit ihrer Liebe,
Aufopfernd mich umgibt;
Doch diese eine Mutter
Hat nicht das gleiche Recht,
Weil ich, ihr Sohn, ihr jüngster,
Vom männlichen Geschlecht.

Und meine lieben Schwestern,
Sind die nur ein Gefind',
Dass sie mit mir nicht gleichen
Und freien Rechtes sind?
Drum heb' ich hoch das Banner
Vom göttlich gleichen Recht,
Wonach der Mann nicht Herrscher,
Die Frau nicht sei der Knecht.

Wonach wir alle Kinder
Der Menschheit, der Natur,
Mit gleichem Recht zum Leben
Auf freier Erde flur;
Mit gleicher Pflicht zu üben
Der Liebe Heldentum;
Mit gleicher Pflicht zu bauen
Des Friedens Heiligtum.

Robert Seidel

Was fehlt der Welt? - Liebe!

Otto Braun, Sohn des Sozialisten Braun, noch nicht 21 Jahre alt von der Scene des Krieges dahingerafft, schrieb als 15-jähriger in sein Tagebuch: „Was fehlt jetzt der Welt? Liebe!“

Der Mangel, den das ungewöhnlich frage Kind vorausfühlte, ist heute offenbar geworden. Man lese Lindbergs „Revolution der modernen Jugend“. Darin reizt der amerikanische Jugendrichter den Schüler von der fernsten Not amerikanischer Jugend. Er klagt die Welt der Erwachsenen an, die der Jugend die Fesseln einer Moral anlegen will, die sie selbst täglich heimlich sprengt. Er klagt an, weil Heranwachsende durch ungenügende Aufklärung in das Glend abtödtlicher Krankheiten gejaht und durch uneheliche Mutterchaft, der nicht der geringste seelische Mangel anhaftet, in größte wirtschaftliche Not gehest werden. Er klagt an, weil Mädchen, die aus Liebe Mutter wurden und den Mut zur Mutterchaft besaßen, wie Geschändete beschimpft und beschöffen werden. Er klagt Eltern und Erzieher der Lieblosigkeit, der Verständnislosigkeit an.

Man blide nach Frankreich. Was predigt Barbuse in seiner „Folle“? Er weist hin auf die Qual einer Geburt, die Qual, die die Frau allein trägt. Er nennt diese Schmerzen das Größte, das Peinliche. Er steht in Eränen und Bewunderung davor. In seinem Roman begegnen wir einem Liebespaar, das sich im Ehebruch findet. „Bist du glücklich?“ fragt die Frau ihren Geliebten nach der Hingabe. Auf dieses „du“ legt Barbuse hingewand die Betonung. Da ist ein Funden der Liebe, die er anbetet, derjenigen Liebe, die erst nach dem andern forsjirt: „Bist du glücklich?“ Ein Wunschbild der Liebe. Auch er, Barbuse, eifert gegen die Lieblosigkeit, gegen die Brutalität, mit der Mann und Frau einander primgen.

Man blide nach England. Bernard Shaw zeigt in seinem Drama „Candida“ eine wundervolle Frau, die ihrem Gatten, einem sozial eingestellten Geistlichen des Hans führt. Ein junger Dichter verliebt sich in diese Candida. Ihr Mann macht ihr deshalb Vorwürfe. Doch sie erwidert ihm, daß es ihre Pflicht sei, dem jungen Menschen den Glauben an die Keuschheit der Frau und der Liebe zu erhalten. Sie will ihm nicht angehören, aber sie will ihn nicht lieblos mit der Begründung verstoßen: „Ich bin verheiratet!“ Denn welche Achtung kann ein junger Mensch vor dieser Ehe haben? Sie führt ihrem Mann die ganze liebevolle Gewohnheitsmäßigkeit dieser Ehe vor Augen. Wenn ein Dichter ins Haus kommt, so gibt der Herr Pastor ihm das Haus. Ist aber gerade kein Geld im Hause, so muß Candida den Armen wegschicken. Arbeiten, die ihm wohl anstehen, verachtet der Mann, aber die schmutzigen Arbeiten, Kohlen holen, Lampen fällen, bleiben für seine Frau. Sie ist nicht viel mehr als das Afschmuckstück ihres Mannes.

Zwischen den Beiden liegt in diesem Spiel so viel Anklage gegen die gebrauchlose, gewohnheitsmäßige Lieblosigkeit, mit der ein Mann seine Frau behandelt oder überficht, daß auch dieses Spiel die Überfchrift tragen könnte: „Was fehlt aus jetzt? - Liebe!“

Man blide nach Holland. Der Ehepaar van de Velde zieht in seinem Buch „Die vollkommene Ehe“ mit allen Mitteln der ehelichen Unpaar, mit allen Mitteln der Körperlichkeit gegen das Schicksal der unglücklichen Ehe zu Felde. Allerdings sind seine Anschlüsse kaum von der fälschlich bedruckenden Klasse zu befolgen, denn sie setzen eine viel zu köstliche Sanftmütigkeit voraus. Was man ist oft sogar Sanftmütigkeit zu trennen, aber dennoch ist auch dieses Buch ein Schatz nach Liebe. Ebenso steht es bei uns. Aufjüngling hat ein Ehepaar herausgegeben, Fritz v. Ullrich bespricht in dem Reifebuch „Hägel der Ehe“ ein neues Eifens des Körpers und der Seele, die „Ehepaar“ des Rufens. Selbst jetzt heute wieder in denjüger Überfegung in jedem Buch und - das deutsche Reich lebt und leidet immer noch.

Ärztlich wurde in einer norddeutschen Fabrikstadt eine kochfähige Lehrerin aus dem Dienste entlassen, weil sie ein uneheliches Kind erwartete. Dem Vater des Kindes, der mit der Mutter zusammen an der gleichen Schule unterrichtete, geschah nichts. - Liebe zur Gerechtigkeit? In der Stadt S. wurde eine

junge Lehrerin an einer evangelischen Schule Mutter. Sie trieb sich die Frucht nicht ab. Sie zeigte den Mut zum Kind. Aber sie wurde aus dem Amt entlassen. Erst die Sammelschule nahm sie ins Kollegium auf. Heute ist sie von unseren Kolleginnen diejenige, die sich mit den Mädchen der oberen Klassen unserer „freien weltlichen Schule“ am besten versteht. Ihr Kind besucht unsere Schule. Kein Schüler würde in der Mutter des Kindes die „Gefallene“ sehen. Vor allem die Mädchen achten sie, weil sie bei ihr größtes Verständnis voraussetzen können. Die Lehrerin, die kein Recht auf Mutterchaft hat, ist nur ein halber Mensch, ein geschlechtsloser Mensch oder einer, der sein Geschlecht als Last empfindet und Stammgast ist beim Abtreiber. Kann sie wirklich, wenn man ihr das schönste Recht und das heiligste Erleben nimmt, Mädchen zu Frauen erziehen? Nein!

Wieviele Frauen gibt es schon heute, die sich nur ausleben, aber - selbst wenn sie verheiratet oder gut gestellt sind - kein Kind haben wollen. Solange eine uneheliche Mutter derartige Seelenqualen und wirtschaftliche Not zu durchkämpfen hat, wie es heute der Fall ist, solange der Abtreibeparagraph besteht und mit Zuchthaus droht, solange die Ärzte keine Verhütungsmäßigregeln wissen oder aber nicht bekanntgeben wollen - so lange wird das Verlangen nach niedriger Befriedigung stärker sein als das Verlangen nach Liebe und nach dem Kind. (Denn Liebe und Befriedigung sind zweierlei.) Fringard Bär fordert in der „Neuen Erziehung“ Gleichberechtigung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen. Und da liegt auch meines Erachtens der größte Fehler unserer Gesellschaftsordnung. Leistete sich ein kleiner Leutnant ein uneheliches Kind, so wählte er wohlweislich ein Mädchen der Armut zum Opfer seiner Gelüste, denn dann brauchte das Kind nur der sozialen Stellung der Mutter entsprechend erhalten zu werden und kostete ihn nur ein paar Taler monatlich. Sobald uneheliche Kinder so erzogen werden müßten wie eheliche, sobald sie die gleichen Erbsprüche hätten, würden sich gerade die zur Vaterchaft ungeeigneten Männer aus Furcht vor Unbequemlichkeiten mehr Zwang anlegen. Und wer würde einer ledigen Mutter, die wirtschaftlich dadurch gesichert würde, noch viel antun können? Würdigerwert wäre es außerdem, daß der Staat für uneheliche Kinder Unterhaltsrenten zahlte, damit die Mutter ihr Kind in Ruhe erziehen kann, ferner daß jedes Mädchen wählen könnte, ob sie ein Kind austragen will oder nicht. Leider gibt es immer noch Frauen, die sich viel zu wenig um diese Dinge kümmern, die nur klagen und leiden. Denkt bei der Wahl daran, daß führende Frauen nottun, die im Reichstag das Recht der ledigen Mutter verteidigen. Ist die ledige Mutterchaft erst einmal keine Schande mehr, dann hört auch die Ehe auf, ein Käfig zu sein, in dem Tausende von Menschen sich und anderen das Leben vergällen und Kinderseelen vernichten.

Anspruch auf das erweiterte Wochengeld

Nach der Reichsversicherungsordnung ist weiblichen Versicherten, die in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens zehn Monate hindurch, im letzten Jahr vor der Niederkunft aber mindestens 6 Monate gegen Krankheit versichert sind, neben den sonstigen Leistungen der Wochenhilfe ein Wochengeld an gewähren. Dieses Wochengeld ist in Höhe des jeweiligen Krankengeldes, jedoch mindestens 50 3 täglich für 4 Wochen vor und 6 zusammenhängende Wochen nach der Entbindung zu zahlen.

Der Wochengeldbezug vor der Niederkunft erstreckt sich jedoch auf zwei weitere Wochen, wenn die Schwangere während dieser Zeit keine Beschäftigung gegen Lohn ansieht und vom Arzt festgestellt ist, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb sechs Wochen stattfindet. Erst bei der Berechnung des Zeitpunktes der Entbindung, so hat die Schwangere demnach Anspruch auf das Wochengeld von dem in dem ärztlichen Zeugnis angenommenen Zeitpunkt an. Diese Vorschrift ist auch auf weiterverrichtete Schwangere anzuwenden, die insolge ihres Zustandes aus ihrem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind. In diesem Sinne hat sich das Reichsversicherungsamt grundsätzlich ausgesprochen.

Das Wochengeld einer Versicherten für die Zeit vor der Entbindung ist in Höhe von drei Vierteln ihres Grundlohnes zu zahlen, sofern die Schwangere während dieser Zeit keine Beschäftigung gegen Entgelt ansieht. Der Anspruch ist nicht davon abhängig, daß die Schwangere während der zwei weiteren Wochen keiner Beschäftigung gegen Lohn nachgehen kann und deshalb aus einer bis dahin anscheinend Beschäftigung ausgeschieden ist. Vielmehr steht § 195 a II RVO nur voraus, daß die Schwangere während der zwei weiteren Wochen vor der Entbindung tatsächlich keine Beschäftigung gegen Vergütung ansieht. Ohne Bedeutung ist es, weshalb eine solche Beschäftigung unterbleibt.

Der Wochengeldbezug für die Zeit vor der Entbindung erbigt mit der Niederkunft, auch wenn die Entbindung vor Ablauf der sechs Wochen eintritt. Das Wochengeld entfällt somit für die Tage, an die die Entbindung vor dem in dem ärztlichen Zeugnis angenommenen Zeitpunkt erfolgt. Nach dem § 195 a der RVO wird das erweiterte Wochengeld von dem in dem ärztlichen Zeugnis angenommenen Zeitpunkt bis zur Entbindung gewährt, wenn sich der Arzt bei der Berechnung des Zeitpunktes irrt. Diese Vorschrift beruht auf dem Fall, daß die Entbindung erst nach dem in dem ärztlichen Zeugnis angenommenen Zeitpunkt eintritt. Der erweiterte Wochengeldbezug ist also einerseits durch die Feststellung des Arztes, andererseits durch die tatsächliche Entbindung begrenzt.

Ein Anspruch auf das erweiterte Wochengeld besteht inbesonnen nur dann, wenn das ärztliche Zeugnis zu Beginn der sechs Wochen erfaßt ist und der Anspruch vor der Niederkunft geltend gemacht wurde. Sollte die Wöchnerin das Recht, erst nach der Entbindung die Gewährung des erweiterten Wochengeldes zu beantragen, dann würde sich die ärztliche Feststellung des Zeitpunktes der Entbindung erübrigen. Der Gesetzgeber magt aber die Gewährung des erweiterten Wochengeldes ausdrücklich von einem ärztlichen Gutachten und besonders von der Feststellung abhängig, daß die Entbindung „voraussichtlich innerhalb sechs Wochen“ stattfinden wird. Stellt der Arzt in seinem Gutachten fest, daß die Niederkunft voraussichtlich in vier Wochen stattfindet, die Schwangere aber bereits seit zwei Wochen keiner Beschäftigung nachgeht, dann ist die Voraussetzung zum Bezug des erweiterten Wochengeldes nicht gegeben. Das ärztliche Gutachten magt aa Beginn der sechs Wochen erfaßt sein und der Krankenkasse vor der Niederkunft eingereicht werden. Erst dann, wenn diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Krankenkasse zur Leistung des erweiterten Wochengeldes verpflichtet.

Daß von der im Gesetz geordneten sechsmonatigen Versicherungsfrist vier Monate unbedingt in das vorletzte Jahr vor der Niederkunft entfallen müssen, ist nicht erforderlich. Es genügt, daß an der für das letzte Jahr vor der Niederkunft verlängerten sechsmonatigen Versicherungszeit noch eine mindestens viermonatige Versicherungszeit während der beiden letzten Jahre vor der Entbindung hinzukommt. Allerdings müssen die zehn Monate oder 300 Tage bis zur Entbindung nachgewiesen sein.

Auch den freiwillig versicherten weiblichen Kaffeemitgliedern stehen die Vergütungen aus § 195 a Abf. 2 RVO zu. Diese Ver-

sicherten haben ebenfalls Anspruch auf die erweiterten Leistungen der Wochenhilfe. Voraussetzung ist jedoch auch bei ihnen, daß sie in dieser Zeit keine Arbeit gegen Lohn verrichten. Es ist auch nicht erforderlich, daß sie vorher eine Erwerbsarbeit ausgeübt haben und diese erst in Erwartung ihrer Entbindung aufgegeben haben. Es genügt, daß sie sich während des Wochengeldbezugs vor der Entbindung jeglicher Beschäftigung gegen Entgelt enthalten; die Fortsetzung häuslicher Arbeiten im eigenen Haushalt ist gestattet.

Das nach § 195 a Abf. 1 IV RVO zu zahlende Stillgeld steht der Wöchnerin nur zu, solange „sie ihr Neugeborenes stillt“. Die Krankenkasse hat also das Recht, die Auszahlung des Stillgeldes vom Nachweis des Selbststillens abhängig zu machen. Kann die Wöchnerin diesen Nachweis nicht erbringen, so kann die Krankenkasse die Auszahlung des Stillgeldes ablehnen. Anders ist es jedoch in dem Falle, wo die Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Unterfützungsberechtigung stillt. In diesem Falle sind die noch verbleibenden Beträge an Wochen- und Stillgeld bis zum jahungsmäßigen Ende der Bezugszeit an „denjenigen zu zahlen“, der für „den Unterhalt des Kindes sorgt“. In diesem Falle ist also die Zahlung des Stillgeldes nicht vom Nachweis des Stillens, sondern von dem des Unterhalts des Kindes abhängig gemacht. Das Stillgeld ist also dann an den zu zahlen, der diesen Nachweis erbringt.

Gemäß § 383 II sind für eine Versicherte während des Bezugs von Wochen- und Schwangersgeld Beiträge so lange nicht zu entrichten, als sie nicht gegen Entgelt arbeitet. Der Anspruch auf die verlängerte Wochenhilfe steht demnach unbedingt die Enthaltung von jedweder Erwerbstätigkeit voraus. Ist also der Anspruch auf die verlängerte Wochenhilfe gegeben, dann liegt auch die Voraussetzung der Beitragsfreiheit für diese Zeit vor. Vorbedingung ist natürlich, daß das Wochengeld vor der Entbindung auch zu Recht bezogen wurde. Für die Zeit nach der Entbindung, in der die Wöchnerin gegen Lohn arbeitet, ist nur das halbe Wochengeld zu zahlen.

Neben dem Wochengeld für die Zeit nach der Entbindung wird tein Krankengeld bezahlt. Für die Zeit vor der Entbindung muß also unter Umständen Krankengeld und Wochengeld gezahlt werden. Der Anspruch auf Wochengeld entfällt nicht damit, daß der erkrankten Wöchnerin nur und Verpflegung in einem Krankenhaus von ihrer Krankenkasse gewährt wird. In diesem Sinne hat sich das Reichsversicherungsamt in einer grundsätzlichen Entscheidung vom 13. Oktober 1927 ausgesprochen.

Der Narr Sokrates

Hinter Sokrates läuft ein Mann mit einer Gade her und verfolgt einen andern Mann, der die Straße herunter an Sokrates vorbeireitet.

„Halte ihn, halte ihn!“ ruft der Mann Sokrates zu. Sokrates schreiet gerufen weiter. „Mensch!“ ruft der Mann mit der Gade. „Warum hieltest du ihn nicht fest? Er ist ein Totschläger.“ „Ein Totschläger? Was versteht du darunter?“ „Stell dich nicht so dumm. Ein Totschläger ist ein Mann, der tötet.“

„Ein Wegger also.“ „Alter Narr! Ein Mensch, welcher einen andern tötet.“ „Ach so, ein Soldat.“ „Dummkopf! Ein Mensch, welcher einen andern in Friedenszeiten tötet!“ „Ich verstehe, ein Scharfrichter.“ „Gefell! Ein Mensch, welcher einen andern in dessen Haus umbringt.“ „Wichtig, ein Aral.“ „Der Mann mit der Gade macht lechrt in der Meinung, einen Irren vor sich zu haben.“

Die schwarze Henne

In einer skandinavischen Stadt spielte sich unlängst folgende kleine dramatische Szene ab, die das Blatt „Skizaturen“ schildert:

Ort der Handlung: ein Milch- und Eierladen.
Personen: Die Verkäuferin, Herr Hanson.
Hanson tritt ein: „Was kosten die Eier?“
„Amanzig Pfennig das Stück,“ sagte das Fräulein.
„Ich möchte amanzig Stück haben. Aber sie müssen alle schwarz sein,“ sagte Hanson.
„Schwarze?“ Das Fräulein guckt ihn fragend an.
„Ja, gerade von einer schwarzen Henne.“
„So, gelernt, aber ich weiß keinen Unterschied zwischen den Eiern. Aber wenn Sie sie selbst ansuchen wollen.“
„Ja, danke, ich werde sie leicht finden,“ sagte Hanson und sucht amanzig Eier aus, die eingepackt und bezahlt werden.
„Entschuldigen Sie,“ sagte das Fräulein, als Hanson gerade fortgehen will, „wie können Sie sehen, welche Eier von einer schwarzen Henne gelegt sind?“
„Das ist sehr einfach,“ sagte Hanson. „Das sind alle die größten!“

Pferde hassen Musik

Der Bauer Michel aus Hinterhausen war zum Markt im nächsten größeren Dorf gefahren und hatte mit gutem Profit zwei Schweine verkauft. So tranf er denn befriedigt eine ganze Reihe von Bierern und Schnäpfen. Als er schließlich auf der Heimfahrt am „Schwarzen Affen“ vorbeikommt, siegte der böse Geist. Michel hielt an, ging hinein und bestellte bei der Kellnerin zwei ein Maß. Ganz erstaunt sah er, daß die Kellnerin zwei runde Dinger auf die Ohren geheset hatte und gar nicht auf die Bestellung einging. Als er erkant fragte, was denn das sei, denn er kannte kein Glas, antwortete die Kellnerin: „Wacht, grad gibts ein herrliches Konzert!“ Schwups, setzte sie dem Michel den Kopfhörer auf, aber kaum hörte dieser die schmetternden Töne, als er aufsprang und mit dem Kopfe hinauslaufen wollte: „Krugläuten, böß is ja a ganze Regimentskapellen. Dös, wann mei Gault, der Nagl, hört, dös kann er nit leiden. Da geht er mit dem Wagerl durch!“

Nur mit Mühe konnte die Kellnerin den guten Michel zurückhalten und aufklären. Paulus.

Dichtung. Ich schaue gern dem Spiel der Kinder zu. An einem schönen Sommertage nehme ich auf einer Bank in den Anlagen Platz, da, wo die Spielplätze der Kinder sind. Gleich darauf erscheint ein dralles Dienstmädchen mit zwei Kinderchen. Ein etwa dreijähriges Mädchen darf mit der großen Renne im Sand spielen, ein Knäblein von reichlich einem Jahr versucht, Krampeln zu laufen. Auf meine Frage nach den Eltern der Kleinen wird der Name eines Schriftstellers genannt. Mehr für mich sage ich: „Da wird er beliebt auch einmal Dichter?“ Die Maid antwortet: „Kann sein - jetzt ist er noch ziemlich unbelibt!“

Herbings. In Berlin sprang ein Soldat der Reichswehr auf einen Straßenbahnwagen, trat dabei einem Soldaten der Heilarmee auf den Fuß und sagte: „Bardon, Romerahl!“ Mit mildem Lächeln entgegnete der von der Heilarmee: „Ich bin nicht Sir Bardon, ich bin ein Soldat des Himmels.“ - „O weh,“ meinte der Reichswehrmann, „da hast du aber weit in deine Kaserne!“

Freud' und Leid sind Reifseute, ziehen immer aus und ein; doch will dieses immer länger, jene kürzer sei uns sein. Bogau

Kingen um Sozialversicherung

Die Angriffe des organisierten Unternehmertums gegen das Kernstück der Sozialpolitik, die Sozialversicherung, nehmen immer schärfere Formen an. Diese Reaktionen halten jetzt den Zeitpunkt für gekommen, der Sozialversicherung einen tödlichen Schlag zu versetzen. Die Unternehmerpresse versucht die Arbeiterklasse gegen die Beiträge zur Sozialversicherung aufzuheben. Die Versicherer sollen für eine sogenannte Zwangspartikasse, die an die Stelle der Sozialversicherung treten soll, eingefangen werden.

Durch diese Zwangspartikasse sollen bei Fortfall der bisherigen Beiträge Gelder angeammelt werden, die erst bei Invalidität des Versicherten oder auch zu einem Teile schon nach Ablauf von fünf- bis zehnjähriger Frist frei werden. Der Rest der angeammelten Gelder des einzelnen Versicherten soll diesem dann bei Arbeitsunfähigkeit ausgehändigt werden. Alle in das Gebiet der Klassenleistungen fallenden Ausgaben wären von diesen unter staatlicher Sperre stehenden Geldern zu bestreiten. Die Sparpostel auf der Unternehmerseite besprechen sich von ihrem Plan nicht nur eine Entspannung der sozialen Gegensätze, sondern vor allem auch — und das ist der Kernpunkt des Ganzen — eine erhebliche Befruchtung der Wirtschaft durch die ihr dann zuzulegenden Gelder.

Wenn diese Zwangspartikassen das leisten sollen, was die Sozialversicherung — trotz ihrer nicht zu leugnenden Mängel für die Versicherten — bisher geleistet hat, so müssen sie sich doch auch wieder notgedrungen zur Sozialversicherung mit ihren verschiedenen Versicherungszweigen umwandeln. Und wenn, wie die Federführer des Unternehmertums ausführen, durch die Zwangspartikassen mehr Notfälle als in der Sozialversicherung berücksichtigt werden könnten, dann doch nur auf Grund höherer Beiträge! Auch diese Zwangspartikassen müßten einen Verwaltungsapparat haben. Wie oft dann die neue Versicherungsart billiger verwaltet werden konnte, darüber Angaben zu machen, wird wohlweislich unterlassen. Der Plan ist nur auf Dunmenschung zugeschnitten. Große Kinder können sich vielleicht einbilden, daß sie bei Krankheitsfällen, Arbeitslosigkeit, Unfällen und anderen Schicksalsschlägen einfach zur „Sparkasse“ gehen und Geld holen. Wie unläufig würden sie im jeweiligen Falle aus ihren Träumen gerüttelt werden. Die Arbeiterklasse hat allen Anlaß, auf einen Ausbau der Sozialversicherung hinzuwirken.

Die Sozialversicherung ist kein Sparfond. Nur die Solidarität, die Gegenseitigkeit der Versicherten ermöglicht ein Sparen zum Nutzen der Werktätigen. Die Sozialversicherung ist aufgebaut auf dem Grundgedanken der gegenseitigen Hilfe. Einer für alle und alle für einen! Die neue Versicherungsart würde die Wurzel der Solidarität zerschneiden. Die Sozialversicherung hat seit jeher eine große Gegnerschaft gehabt, nicht nur bei den Schlot- und Krantbaronen, sondern auch bei vielen Ärzten. Daß diese Kreise Hand in Hand arbeiten, ist leicht zu verstehen. Der eine Teil will keine Beiträge zahlen — die die Versicherten ohnehin erst erarbeiten müssen —, der andere Teil hofft durch Abbau der Leistungen, insbesondere durch erhebliche Begrenzung des Versichertenkreises, mehr zu „verdienen“. Für den Staat war bei Inangriffnahme der Sozialpolitik bestimmend die von Jahr zu Jahr schlechter gewordene körperliche Verfassung der Industriearbeiter. Vornehmlich waren es die Militärs, die darauf drangen, daß der Staat eingriff, weil bei ihnen die nicht unberechtigte Befristung durchdrang, daß auf die Dauer nicht genügend junges Kanonenfutter als „tauglich“ im militärischen Sinne aufzutreiben sei. Die damaligen Gründe für die Notwendigkeit der Sozialpolitik sind heute in weit höherem Maße vorhanden, wenngleich sie auch nicht unter dem Gesichtswinkel der „Wehrfähigkeit“ zu betrachten sind.

Das Geld der Zwangspartikassen soll der „Befruchtung der Gesamtwirtschaft“ dienen, das heißt ins Deutsche übersetzt: Das Unternehmertum will mit diesem Gelde arbeiten! Die Gelder der Sozialversicherung sollen aber in erster Linie den Versicherten zugute kommen; denn die Heilverfahren, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der Tuberkulose, die Förderung der allgemeinen Volksgesundheit, insbesondere durch den Bau von Kleinvonungen, liegen im Interesse der Versicherten. Hier wäre vor allem ein Ausbau der Selbstverwaltung im Sinne einer überragenden Mitwirkung der Versicherten angebracht.

Die Verhältnisse liegen heute weit ungünstiger als vor dem Kriege; höhere Krankenziffern und höhere Beitragsätze sind größtenteils Kriegs- und Inflationsfolgen. Jährlich verlieren durch Unfälle rund 6000 Frauen den Mann und 7000 Kinder ihren Vater. Die Invalidenversicherung versorgt gegenüber der Vorkriegszeit die dreifache Zahl der Invaliden, Witwen und Waisen. Diese starke Steigerung ist eine Folge des Krieges und der Rationalisierung. Nur Narren können glauben, daß sich gegenüber diesen Erscheinungen mit Zwangspartikassen etwas ausrichten lasse. Die Befürworter der Sozialversicherung zur Erreichung ihrer besonderen Ziele. Nicht die soziale Befastung, sondern das Vordringen der gesellschaftlichen Idee, der gewerkschaftlichen Macht, das ist es, was sie zu ihrem Tun veranlaßt.

R. E b i n g h a u s

fahrt über den Kanal

Ein weißer Leuchtturm steht über den Dünen von Ostende. Der bide Schilb eines Gefühles gähnt. Wadige Unterstände zeichnen ihre edigen Konturen gegen den Himmel. Wenig erfreuliche Erinnerung einer Zeit, da der Tod in diesem Wasser schwamm, das sich so friedlich und unbekümmert unter dem riesigen Himmel sich breitet, als habe in seinen Wellen nie ein sterbender Matrose den Krieg verflucht.

Eine Sirene heult. Reisende, die eben den internationalen D-Bug verlassen, drängen sich hastig durch die Bollwerke und befeigen das glitzernde Schiff, dessen Besatzung noch dabei ist, Häßer und Wallen, Rippen und Koffer in der offenen Deduze zu verlasten. Doch während der Wind unruhig dem Hin und Her des Schiffstrahes und dem Auf und Ab der Laue folgt, gleitet er fort zu den langen Reihen unbewohnter Hotels, die auf den Dünen sich drängen und auf den Sommer mit seiner Sonne und den Fremden, mit dem Gemüß der Satten und dem Regen ihres Goldes warten. Hochgeschloss und schmal sind diese vielstiegrigen Bauten, die den Blick abtrennen vom dem friedlichen Lande, das hinter ihnen liegt und das wir, die wir jetzt in buntem Durcheinander der Sprachen und Nationen auf dem Deck des Dampfes uns drängen, eben noch durchführten. Noch stehen die Menschen, die für einen Augenblick ihre Köpfe erhoben, um der rajenden Schlang nachzusehen, auf dem gleichen Platz, an dem wir sie sahen. Vielleicht haben sie den Zug, der eine tägliche Erscheinung ist für ihre Gegenwart, schon vergessen, vielleicht machen sie sich Gedanken über den Sinn jener fremden Best, die täglich an ihnen vorbeibraust und an der sie doch so unbeteiligt sind, wie sie unbeteiligt waren an dem Kriege, der sie jahrelang von ihrer Scholle vertrieben, der sie warten hieß, irgendwo in der Fremde, bis dann eines Tages ohne ihr Zutun, ohne ihre Wend alles vorüber war wie dieser Zug, der täglich amertal über ihre selber braust. Sie wissen nicht, was jene Menschen in die

ferne, über die Grenzen treibt, wie sie nicht wußten, was jene anderen in ihr Land trieb, das die Kanonen überdonnerten und das die Fremden verließen, ohne all ihre Toten, die sie zurückließen, zu begraben. Geschäft sagen die einen, Ehre die anderen, Sie wissen es nicht. Für sie war Lebensnotwendigkeit, dieses Land wieder fruchtbar zu machen, die Unbegrabenen zu begraben und Fische zu fangen, damit da, wo der Geruch der Leichen stand, wieder der salzige Geruch der Fische sein kann, der von der langen Reihe der Gefegelter scharf herüberweht. Lebensgeruch, der den Geruch des Todes abläßt.

Dann löst sich das Schiff vom Kai. Unmerkbar fast läuft es aus dem Hafen heraus. An dem Leuchtturm vorbei und den drohenden Kanonen in das offene Meer, dessen grüne Fläche die Sonne mit hellen Strahlen glühend überflutet. Kleine Wellenberge, deren Gipfel weiß überschäumt sind, laufen hinter uns her. Der dicke Schornstein qualmt und aus den Planken des stampfenden Schiffes der Luft. Mäwen sind es, die uns folgen, gang nahe heran kommen an unser Schiff, so nahe, daß sie das Brot schnappen können, das Mitreisende ihnen zuwerfen.

Eine kühle Brise weht uns entgegen. Ich habe Brise gesagt. So eigentümlich ist das, kaum daß man auf einem Schiffe ist, sagt man „Brise“ und „Steuerbord“ und „Gischt“. Obwohl man nie auf einem Schiffe war. Aber es sind die Worte aus den längst vergessenen Geschichtenbüchern der Knabenzeit, die in uns aufsteht. Und es ist einm, als sei man schon oft auf einem Schiffe gefahren. Ohne allerdings dabei dieses quälende würgende Gefühl gehabt zu haben, läßt, als wolle der Inhalt der letzten Speisefarte in umgekehrter Folge den Tag wiedersehen.



Eine Boje steht im Wasser wie ein umgekehrtes Semikolon. Wir fahren vorbei. Unser Schiff stampft ruhig durch die Wellen, die vor seinem Bug sich aufschend brechen. Am Horizont liegt ein heller Streifen über grauer Fläche. Darüber ist Dunk. Man sieht nicht weit an diesem Tage.

Langsam sinkt der Himmel herab. Es wird dunkel. Schon werden in der Ferne kleine Lichtpunkte sichtbar. Aufsteigend und wieder verschwindend. Blinzelnd sind es. Land ist nahe. Gedlampe und Blinkzeichen eines Feuer Schiffes sind nun deutlich zu erkennen. Zwei Fischerboote tauchen auf. Dann läuft der in seiner Klasse sich drehende Schein des Leuchtturmes von Dover über das dunkle Wasser. Ungeduldig werden die Menschen auf dem Schiff. Schon holen sie ihre Köpfer an Bord. Unterdes gleiten die Lichteruppen eines Passagierdampfers vorbei. Ein Kriegsschiff taucht auf und ist schon wieder verschwunden. Dann steigen die Lichter der Stadt aus dem Wasser, bis sie am Himmel stehen wie eine Kette brennender Sterne. Dover ist es, die Hafenstadt. Ein roter, leuchtender Strich. Der Eingang zum Hafen! Das Schiff dreht bei. Legt an. Die Fallbrücke geht herunter. Ungeduldig klettern wir an das Land. Ein Bobby steht da. Mit fadenblau ausgebreitetem Schürzenband, genau wie im Kino sieht er aus. Aber es ist ein richtiger Bobby. Einer der freundlichen Gentleman, die zum Schutze des Publikums da sind und die sie bei uns Schutzleute nennen. Aber ein Bobby ist darum noch lange kein Schutzmann und ein Schutzmann erst recht kein Bobby. Ein Bobby ist eben ein Bobby. Und dieser hier ist der erste, den ich zu Gesicht bekomme. Außerdem läuft hier noch ein Herr im Sout herum, der seinen Zylinder trägt, als wäre es eine Krücke. Es ist kein Zweifel mehr, wir sind in England. Erich Grisar

Gefang hinter Gittern

Regen schlägt gegen die Gitterfenster der Strafanstalt. Verschlafen liegen die Arbeitsäle, wo sonst fleißige Hände Matten flechten und elektrische Sicherungen anfertigen. Sonntagmorgen. Da sitzen die Gefangenen in ihren Zellen, denken an die Verwandten und Bekannten, die sich an diesem Tag amüßeren können, und doppelt schwer empfinden sie die harte Tatsache, hinter Gittern verbannt zu sein. Man greift zu den Büchern, die man sich in der Bibliothek geliehen. Man liest, um quälende Gedanken zu betäuben. Plötzlich — es ist kurz vor 3 Uhr — laufen Aufsichtsbewachte auf den Gängen. Schlüssel klirren. Schloßer knarren. Eisene Riegel werden zurückgeschoben. Die Zellen öffnen sich. Heraus treten dreihundert Männer, die jetzt in kleinen Gruppen nach der Gefängnisstraße geführt werden. Die dumpfe Gleichheit des Gefangenseins soll durch ein Konzert unterbrochen werden.

Dämmeriges Licht fällt durch die hohen Kirchenfenster. Vorbeer arndt vor den Stufen des Altars, auf dem das Rot der goldgeschlachten Decke leuchtet. Ein Blick in das Kirchenloft, in dem die Gefängnisse sitzen, hämmert in das Bewußtsein: Du bist im Gefängnis! In dreihundert Käfigen — anders kann man die Sitzgelegenheit nicht bezeichnen — hoden dreihundert Männer. Das sanft sehr moderne Gefängnis hat noch das veraltete Kastensystem. Eine Tür verschließt seinen „Kirchenstuhl“. Man sieht nur den Kopf und einen Teil des Oberkörpers. Humane Beamte drücken aber ein Auge zu, wenn sich die „Kirchgänger“ flüsternd unterhalten.

Vor dem Altar hat sich ein Gefangener aufgestellt. Der Dirigent hebt den Taktstock und dann braust die „Hymne an die Kunst“ durch die Kirche. Dreihundert Gesichter. Jugendliche, denen noch kein Flamm auf der Lippe sproßt. Vorige Männer, denen Rot und Leid Runen in Stirn und Wangen zeichnete. Menschen, die zum ersten Male in der blauen Gefängnisstracht stehen. Und wieder andere, denen Buchstaus und Gefängnis zweite Heimat wurde. Einfache Arbeiter mit harten, verarbeiteten Händen und Intellektuelle, deren Augen hinter Hornbrillen blitzen. Diebe und Betrüger. Dreihundert

Menschen, die straffällig, nun durch die Gatt zur Anerkennung der Gesehe errogen werden sollen.

Erste und heitere Weisen wechseln. Ein altes Volkslied: „3 m Krug zum grünen Kranz“... In den Herzen der Zuhörer steigen Erinnerungen aus der Vergangenheit auf. Die Heimat, Wanderstage, lustige Gesellschaft, in der man früher dies Lied selbst mitsang. Ein Leuchten glimmt in vielen Gesichtern. Vergessen ist für Minuten, daß man im Gefängnis sitzt. Aber nicht in jeder Seele wecken die Töne solche Gefühle, denn so mancher gerührt Tränen in den Augen. „Es lebe die Liebste deine“ strömt es aus den Sängerkehlen. Da kann ein Begeisterter sein Mitgefühl sein nicht mehr verbergen und ruft, dem Gebot zuwider, schon jetzt sein „Bravo“. Das stumme Nicken der Mitgefängenen verrät, daß er ihre innersten Empfindungen offenbarte.

Und als das letzte Lied verlangt, da setzte ein Beifall ein, wie man ihn selten in einem Konzertsaal erlebt. Gänkelischen, Füßetrampeln. Applaus, aus dem man nicht nur Dankbarkeit, sondern die Sehnsucht nach der Freiheit und das Verprechen der Besserung heraus hört.

Langsam leert sich die Kirche. Die Gefangenen werden wieder in die Zellen gebracht. Wieder klirren Schlüssel und die Schloßer knarren. Aber nicht mehr drückt die bleierne Last der Einsamkeit die Herzen nieder. Der Lebensmut ist gewachsen. Hoffnung schwellt die Brust. Man denkt an ein neues, besseres Leben. Nur einen Steinwurf weit ist die Freiheit, wo man einmal wieder aufatmen und singen wird. Und leichter tragen die Männer hinter Gittern die Bürde der kommenden Tage. Das hat Musik getan — die göttliche Kunst. Das danken dreihundert Gefangene einem Sängerchor. Frankfurter Arbeiter waren es, die ihnen den grauen Tag zu einem Sonntag machten. Ein Arbeitergefängnis gab hinter Gittern ein Konzert. Rudi Gims

Sozialer Sieg durch soziale Menschen

Wer mit einigermaßen geschärften Sinnen durchs Leben schreitet, die zahllosen wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten in der Besitz- und Eigentumsverteilung, der Arbeitsverhältnisse und auch der sonstigen Lebensweise auch nur einigermaßen zu empfinden vermag, müßte bezweifeln, wenn diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Weisheit letzter Schluß sein sollte. Unsere Gegner leben nur von unseren Fehlern. Sie kennen unsere Fehler ganz genau. Das ist mir wieder deutlich zum Bewußtsein gekommen.

Ich mußte an einem gemeinsamen Mittagstisch teilnehmen, an dem ein kleiner Fabrikant, ein Geschäftsführer eines größeren Unternehmens und ein Lehrer aus einem Dorf des mitteldeutschen Industriegebiets die Unterhaltung bestritten. Diese Unterhaltungen waren mitunter sehr des Zuhörens wert. Die Herrschaften kamen auf soziale Fragen zu sprechen. Diese Männer rebeten ohne jede Hemmung, sprachen so, wie sie wirklich dachten. Es waren keine ehrenvolle Zeugnisse, die sie dem sozialen Charakter der Arbeiter und Angestellten ausstellten. Der Kern ihrer Ausführungen war etwa folgender: Wir brauchen die Arbeiter und Angestellten in Wirklichkeit nicht zu fürchten, denn sie sind selbst ihre größten Feinde. Sie sehen nur auf hohen Lohn und möglichst kurze Arbeitszeit, alles andere ist ihnen Wurst. Die Arbeitstameraden, die als Vorgesetzte tätig sind, werden von den anderen mit Scheelen und mißgünstigen Blicken betrachtet und die vorgefetzten Arbeiter und Angestellten fühlen sich tatsächlich auch als Vorgesetzte, die nicht mehr ganz zu ihren bisherigen Arbeitstameraden gehören wollen. Sobald einer etwas mehr erhält, fühlt er sich über den anderen erhaben, vergißt ganz, woher er gekommen und was er gemein ist. Vielfach ist er schlimmer als der wirkliche Vorgesetzte. Solange die Arbeiter und Angestellten an einem solchen gebrochenen sozialen Charakter leiden, solange sie sich immer als „behinderte Direktoren“ fühlen, nicht bis zur Erreichung ihrer Ziele fest zusammenstehen und sich nicht als wirkliche Brüder und einem Ziele aufstrebende Genossen fühlen, solange braucht den Unternehmern nicht vor ihnen hange zu sein.

Diese Unterhaltung legte die gefährliche innere Wunde der sozialen Betreuungsarbeit der Arbeiterbewegung bloß. Darin steckt viel Wahres. Ich habe sehr häufig darüber nachgedacht. Wir würden viel weiter sein, wenn wir äußerlich wie innerlich feste und ungebrogene soziale, sozialistische Menschen wären. Die Schwere der vor uns liegenden Aufgaben liegt doch darin, daß wir durch und durch mit dem Geist getränkt sein müßten, mit dem wir eine neue Gesellschaft erfüllen wollen. Ganz gleich, ob ich in sozialer Beziehung mehr oder weniger über meinen Arbeitstameraden stehen oder verdienen, unsere gemeinsame Aufgabe muß uns zusammenschweißen, unseren Charakter, unser soziales Bewußtsein nicht verleken oder brechen. Wir können eine neue soziale Ordnung der Dinge doch nur dann schaffen, können aus dem Schatz der alten nur dann eine sozial bessere, harmonischere Ordnung erziehen lassen, wenn wir selbst als neue Menschen, als Menschen dieser von uns gewollten neuen Ordnung unseren eigenen Kameraden gegenüber leben und danach handeln.

Wie können wir von den Unternehmern etwa erwarten, daß sie unseren Willen Verständnis entgegenbringen, wenn wir selbst noch in der alten Haut stecken? Nur durch das Beispiel können wir auf die anderen wirken. Denke einmal jeder nach, wie oft er täglich gegen diese einfache Verantwortlichkeit verliert und nehme er sich vor, kraftvoll und energisch an seiner inneren Selbsterziehung zu arbeiten und sein Handeln danach einzurichten. W. G.

Arbeiter-Samariter-Bund

Zu den Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterklasse, die nach jeder Richtung hin auch die weitestgehende Unterstützung der Gewerkschaften verdienen, gehört unstreitig der Arbeiter-Samariter-Bund. Weder des Bundes ist es, das Samariterwesen zu fördern, insbesondere bei Unglücksfällen und plötzlich auftretenden Erkrankungen erste Hilfe zu leisten sowie auf dem Gebiete der Krankenpflege und der sozialen Fürsorge tätig zu sein. Zur Erreichung dieses Zweckes ist der Bund bemüht, an allen Orten Arbeiter-Samariter-Kolonnen zu setzen, im Sinne seiner Bestrebungen tätig zu sein. Nach Möglichkeit werden auch Abteilungen für Haus- und Hauskrankenpflege, Waisenhilfe und Kinderpflege eingerichtet.

Wer Gelegenheit nimmt, die Berichte des Arbeiter-Samariter-Bundes bezüglich der entfalteten praktischen Tätigkeit einmal nachzuschlagen, wird zugeben müssen, daß dieses Programm nicht nur auf dem Papier steht, sondern bereits in beachtenswerter Weise durchgeführt werden konnte. Dem letzten Bericht des Bundes über die Tätigkeit im Jahre 1927 entnehmen wir beispielsweise, daß für die Mitglieder 1316 Unterrichtsstunden und 1441 öffentliche Abungen veranstaltet wurden. 745 027 Dienststunden wurden von den Samaritern geleistet, um bei großen Veranstaltungen, bei Unwetterkatastrophen und Massenunfällen die erforderliche erste Hilfe zu bringen. Bei 294 753 Betriebsunfällen wurde von den Samaritern eingegriffen und sachgemäß transportiert wurden insgesamt 46 820 Kranke. Die Tätigkeit der Krankenpfleger wurde in 9070 Fällen mit rund 120 000 Pfleigestunden in Anspruch genommen.

Diese siffernmäßig belegte Tätigkeit erfordert Achtung. Verdächtigt man außerdem, daß die Arbeiter-Samariter in der uneigenennütigen Weise zur Verfügung stehen, daß ihre ganze Tätigkeit dem Wohlergehen der Arbeiterklasse in erster Linie dient und jeder einzelne für seine Hilfsbereitschaft große Opfer bringt, so ist es nicht unverständlich, wenn der Arbeiter-Samariter-Bund alle Arbeiterorganisationen um Unterstützung bittet.

Söhren Sieg hat der errungen, der der Wahrheit Witz geschwungen, der die Geister selbst befreit. Freiheit der Vernunft erstreben, heißt für alle Köpfer regnen, gilt für alle ewige Zeit.

G. H. I. e. r.



Verbandsleben



Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Bezirk Brandenburg, Frankfurt a. O. Für die Metallindustrie ist die Arbeitszeit von 52 auf 51 Stunden herabgesetzt worden. Der Urlaub erhöht sich nach acht- und mehrjähriger Tätigkeit von bisher 8 auf 7 Tage.

Für die Flugschiffswerften der Mittel- und Gabelgruppe wird der Lohn um 4 % erhöht und beträgt in der Ortsklasse I 98 %, Ortsklasse II 93 % und Ortsklasse III 89 % die Stunde. Dazu kommt in allen Ortsklassen eine Werkszulage von 3 % die Stunde. Das Abkommen gilt bis zum 30. September 1929.

Bezirk Dresden, Leipzig. Der Mindestlohn für Feilenhauer wurde ab 1. April 1929 um 5 % auf 1,11 M die Stunde erhöht. Die Akkorde werden um 5 bis 7 % erhöht. Wochenlöhner erhalten ab 1. April 58,50 M.

In der Stahlblechindustrie wurde ab 15. April 1929 der Mindestlohn in der Spitze von 92 auf 97 % erhöht. Das Abkommen läuft bis 31. Juli 1930.

In der Holzindustrie ist ab 23. April der Spitzenlohn für Sacharbeiter über 23 Jahre um 5 % auf 1,18 M erhöht. Bisherige Leistungszulagen bleiben unberührt. Auf die bisher gültigen Akkordpreise erfolgt ein Zuschlag von 4 % u. s. w. Kaufdauer bis 31. März 1930.

Für Sachsen mit Ausnahme Leipzigs wurde der Einstelllohn für Sacharbeiter von 81 auf 88 % erhöht. Die Verdienste der in Stundenlohn beschäftigten Sacharbeiter über 23 Jahre erhöhen sich bei Verdiensten bis 83 % um 5 %, über 83 bis 95 % um 4 %, über 95 bis 99 % um 3 % und über 99 bis 104 % um 2 %. Der Durchschnittslohn eines Akkordarbeiters innerhalb einer Lohnperiode muß den alten Grundlohn um 15 % gegen bisher 10 % übersteigen. Lehrlinge erhalten im ersten Lehrjahre 12 % des Sacharbeiterlohnes gegen bisher 10 %. Für Zungenlöcher und Lehrlinge im ersten Jahre nach der Schulentlassung wird die Zahl der Ferientage von 9 auf 12 erhöht. Dauer des Abkommens bis 30. Juni 1930.

Kraftverkehr Freistaat Sachsen AG. Vereinbarung wurde für Handwerker ab 29. April eine Zulage von 4 % und ab 1. September 1929 weitere 3 %, so daß dann der Spitzenlohn auf 1,21 M erhöht ist. Alle anderen Löhne sind entsprechend erhöht. Der Ausgangslohn für Akkordarbeiten wird erhöht von 1,12 auf 1,16 M. Das Abkommen gilt bis 28. September 1930.

Für die Elektrotechnik des Bezirks Sachsen (Wabell) ist der Spitzenlohn für die Ortsklasse I ab 15. April 1929 um 5 % die Stunde auf 1,23 M erhöht worden; für die Kreishauptmannschaft Bautzen um 6 % auf 1,18 M die Stunde. Die Löhne für die Ortsklasse II stufen sich um 8 % ab. Ab 1. Oktober 1929 tritt eine weitere Zulage von 2 % die Stunde in allen Gruppen und Altersklassen in Kraft. Gültig bis 30. September 1930.

Bezirk Erfurt. Durch Verbindlichklärung des für die Thüringer Metallindustrie gefällten Schiedsspruchs werden die Löhne aller Arbeiter über 18 Jahre um 2 % erhöht. Außerdem erhalten die über 20 Jahre alten Beilohnarbeiter eine Ausgleichszulage von 2 % die Stunde, die ungelerneten Beilohnarbeiter noch einen weiteren Pfennig. Der Spitzenlohn für Gelehrte über 24 Jahre beträgt jetzt 81 % für die erste Ortsklasse; er verringert sich um je 2 bis 3 % für die einzelnen Ortsklassen bis auf 78 % der letzten Ortsklasse.

Des Weiteren sind durch Schiedsspruch einige Verbesserungen des Mantelvertrages erreicht worden in bezug auf die Ferienbeurteilung und Ferienentschädigung. Die Löhne für Lehrlinge wurden um 1 bis 3 % erhöht.

Durch einen weiteren Schiedsspruch wurde zum ersten Male ein Gleicherlohn getroffen. Die Fehlgewerkschaft wird mit 60 % beziffert. In den Betrieben, wo eine bessere Regelung dieser Entschädigung schon erfolgte, bleibt dieselbe bestehen. Der Mantelvertrag und das Gleicherlohnabkommen haben Gültigkeit vom 1. April 1929 bis 31. Dezember 1930. Diese Schiedssprüche wurden von beiden Parteien angenommen. Der Lohnschiedsspruch ist gültig bis zum 30. Juni 1930.

Bezirk Elba und angrenzende Bezirke. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Rheinland-Westfalen. Für einschichtige Betriebe und Betriebsabteilungen ist ab 1. Mai die Arbeitszeit um 3 Stunden auf 48 Stunden in der Woche herabgesetzt. Der Tariflohn in der höchsten Ortsklasse ist in der Spitze um 5 % erhöht und beträgt damit 93 bis 103 %. Die übrigen Löhne werden entsprechend erhöht. Das Ergebnis wurde durch Schiedsspruch erzielt, der von beiden Seiten angenommen wurde. Der Vertrag läuft bis 30. September 1930.

Bezirk Frankfurt und Stuttgart. Die Lohnbewegung in der deutschen Industrie ist teilweise durch einen Schiedsspruch des Hauptverbandes und durch eine direkte Vereinbarung beendet worden. Die Zulage für Handwerker beträgt 5 %, der Spitzenlohn für die erste Ortsklasse 1,01 M und für die zweite Ortsklasse 98 %. Gleicherlohn erhalten eine Zulage von 4 %, der Spitzenlohn für über 21 Jahre alte Arbeiter beträgt 88 und 86 %. Gültig bis Ende März 1930.

Frankfurt a. M. Nach Ablehnung des Schiedsspruches durch die Arbeiter, insbesondere wegen Festlegung einer unterjährlichen Arbeitszeit und Ablehnung der Verbindlichklärung kam folgender Vergleich zustande:

Der Tariflohn für gelehrte Arbeiter über 24 Jahre wird um 4 % erhöht und beträgt jetzt 89 % die Stunde. Für die Angehörigen der übrigen Altersklassen erfolgt eine prozentuale Erhöhung der bisherigen Tariflöhne. Diese Erhöhung wird auf die bestehenden Löhne in der Weise durchgeführt, daß zum Beispiel Sacharbeiter über 24 Jahre mit einem Stundenlohn von 85 bis 94 % eine Zulage von 4 %, 95 bis 98 % 3 % und 99 bis 102 % 2 % erhalten. In gleicher Weise erfolgt für die Angehörigen der übrigen Lohngruppen diese Zulage auf die gegenwärtigen höheren und niedrigeren Stundenlöhne. Die Akkorde betragen wie bisher für gelehrte Arbeiter 80 %, Angelernte 72 %, Hilfsarbeiter 66 % und Arbeiterinnen 43 %. Es werden auch die bisherigen Akkordpreise erhöht, wo der Mindestverdienst von 25 bis 30 % über den neuen Tariflohn nicht erreicht werden kann. Gültig bis 31. März 1930.

Bezirk Halle. Für die Arbeiter wurde durch Streit bei der Firma Bed in Gannern eine Erhöhung um 5 % für die Sacharbeiter über 23 Jahre erzielt. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 95 %. Gültig bis 28. Februar 1930.

Bezirk Hamburg. Für die Arbeiter der Werft Bremer Sohn, Hamburg, sind die Löhne in der Spitze ab 1. Mai 1929 um 1 % auf 1,06 M die Stunde erhöht worden. Ab 1. Oktober 1929 erhöht sich der Lohn weiter um 3 % auf 1,09 M. Gültig vom 1. Mai 1929 bis 31. Mai 1930.

Für das Gebiet Ost-Schlesien und Kalla ist der Lohn in der Spitze um 6 % erhöht worden. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 84 % die Stunde. Das Abkommen läuft bis 31. Dezember 1930.

Für das Braunenböhrgewerbe ist unter Verweisung des Lohnvertrages eine Lohnbewegung für Handwerker in der Spitze für das erste Lohngebiet von 9 % gewünscht worden. Der Spitzenlohn beträgt für Handwerker über 20 Jahre die Stunde 1,50 M. Alle übrigen Lohngruppen erhalten eine Zulage von 3 % die Stunde. Dieser betrafen drei Lohngebiete. Für das neue Abkommen sind zwei Lohngebiete geschaffen worden. Die Kollegen im zweiten Lohngebiet erhalten 91 % vom Lohn des ersten Lohngebietes. Der Spitzenlohn für Handwerker des zweiten Lohngebietes beträgt 1,18 M die Stunde. Gültig bis 31. Dezember 1930.

Leipzig. Für die Metallindustrie werden die bestehenden Löhne und Akkordpreise um 4 % die Stunde erhöht. Der Tarif-

grundlohn beträgt jetzt 86 %. Außerdem wurden auch Verbesserungen in der Urlaubsfrage erreicht.

Bezirk Hannover. Die Löhne für die Metallindustrie in Lauterberg am Harz sind für gelehrte Arbeiter über 23 Jahre in der Spitze von 72 auf 77 % die Stunde erhöht worden. Für die angeleiteten Arbeiter über 23 Jahre von 66 auf 72 %, für ungelernete Arbeiter über 23 Jahre von 62 auf 67 % und für über 23 Jahre alte Arbeiterinnen von 41 auf 45 %. Alle Akkorde müssen so kalkuliert sein, daß mindestens ein Akkordverdienst von 18 % erreicht wird. Gültig bis 31. Januar 1930.

Bezirk Nürnberg. Regensburg. Für die Spengler erhöht sich der Lohn in der Spitze ab 6. Mai 1929 um 5 % auf 1,21 M, ab 1. Oktober 1929 um 1 % auf 1,23 M. Durch Verbesserung der Spannen für die unteren Gruppen erhalten die Kollegen im ersten Gehilfenjahre eine Zulage von 12 %, bis zum 21. Jahre eine Zulage von 20 % und vom 21. bis 24. Jahre 17 % die Stunde. Ab 1. Oktober 1929 kommt bei den letzten beiden Klassen noch ein weiterer Pfennig hinzu.

Bezirk Stuttgart. Zweibrücken. Der Spitzenlohn für Sacharbeiter wurde um 3 % auf 77 % erhöht und die Akkorde von 68 auf 73 %. Außerdem erhalten die Akkordarbeiter 1 % feste Stundenzulage. Das höchste Tarifalter ist von 25 auf 24 Jahre herabgesetzt.

Für die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Mitteldeutschlands wurde eine Lohnbewegung von 5 % für Arbeiter über 24 Jahre, von 4 % für Arbeiter von 20 bis 24 Jahre, von 3 % für solche unter 20 Jahren in allen Gruppen und Ortsklassen vereinbart. Der Spitzenlohn für gelehrte Arbeiter beträgt in den drei Ortsklassen 93, 91 und 89 %, für Angelernte 86, 84 und 82 % und für Ingelernte 77, 75 und 74 % die Stunde. Dazu kommt eine Zulage für jeden Verheirateten von 2 % die Stunde. Kaufdauer bis September 1930.

Der Achtstundentag wieder eingeführt

Am 1. April 1929 waren es fünf Jahre, daß die wöchentliche Arbeitszeit in den einschichtigen Betrieben der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Rheinland-Westfalens durch Schiedsspruch von 48 auf 56 Stunden verlängert wurde. Auch in diesen Betrieben wurde das damalige Schlagwort der Unternehmer: „Nur Mehrarbeit kann uns retten!“ angewandt, obwohl dafür keine Begründung vorhanden war; denn in einer Reihe ähnlicher Betriebe, die zum Teil für die Brennstoffversorgung schlechter gelegen waren, blieb die achtstündige tägliche Arbeitszeit erhalten.

Es war den Gewerkschaften im Laufe der Jahre gelungen, die Arbeitszeit für die genannten Betriebe auf 51 Stunden herabzubringen. In der letzten Aprilwoche nun wurde die Arbeitszeit durch Schiedsspruch des Schlichters auf 48 Stunden die Woche herabgesetzt, daneben der Lohn um 5 % in der Spitze erhöht. (Der Spitzenlohn in Gruppe I Ortsklasse A beträgt 1,08 M, in Ortsklasse B 98 %, in Ortsklasse C 92 %, in Ortsklasse D 86 %.)

Die Unternehmer trübten sich auch diesmal gegen jegliche Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnherabsetzung, weil es nach ihrer Auffassung nicht angebracht sei, den Betrieben Belastungen aufzuliegen, die außerordentlich bedenklich seien, weil die Betriebe sich ständig modernisieren müßten, was mit großen Geldeausgaben verbunden sei.

Es lohnt sich wirklich einmal, diese ewigen Klagen sich anzusehen. Es ist schmerzhaft, daß gerade in dieser Industrie ein ganz gewaltiger Aufstieg erfolgt ist, so daß mit Fug und Recht behauptet werden kann, daß in diesem Industriezweig alles wieder in „gemacht“ ist, was in der Inflation und im Währungsverfall verloren ging.

Der größte zum Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke gehörende Konzern des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes (RWE), der zurzeit mit einer Stromabgabe von 2.100 Milliarden Kilowattstunden (einschließlich der angeschlossenen Werke) wohl an der Spitze der Elektrizitätswerke in Deutschland steht, hat seine nutzbare Stromabgabe, Licht und Kraft, in eigenen Betrieben von 1.157 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1928 auf 1.448 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1928 gesteigert. Der Reinerwerb hat sich von 12,033 Mill. im Jahre 1926 auf 15,333 Mill. im Jahre 1928. Es wurde eine Dividende von 9 % bei einer Abschreibung von 16,5 Mill. M. verteilt. Das Aktienkapital beträgt 155 Mill. M. für die Tätigkeit des Vorstandes des Aufsichtsrats wurden im Jahre 1928 allem 863 23,74 M. Lantimen ausbezahlt.

Der nächstgrößte Konzern, die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalens (Vedug, Dortmund, Münster), steigerte seine Stromabgabe von 20,705 Mill. Kilowattstunden im Jahre 1926 auf 450,5 Mill. Kilowattstunden im Jahre 1928. Damit ist natürlich auch der Reinerwerb ganz wesentlich gestiegen. So hat die Gesellschaft nach recht erheblichen Abschreibungen einen Reinerwerb von 6,3 Mill. M. im Jahre 1926 an bezeichnen gehabt, im Jahre 1927 8,2 Mill. M. und im Jahre 1928 sogar 11,5 Mill. M. Ähnliche Ergebnisse haben kleinere und kleinere Werke zu verzeichnen.

Im allgemeinen muß anerkannt werden, daß die Arbeiterschaft in diesen Betrieben die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenhanges eingesehen hat. Die Tatsache, daß vom 1. Mai 1929 an der achtstündige Arbeitstag wieder eingeführt ist, muß jeden Mann in diesen Betrieben antreiben, noch Fernstehende dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Adolf Braun gestorben

Am 16. Mai wurde in Berlin der frühere Reichstagsabgeordnete und sozialistische Schriftsteller Adolf Braun an Grabe getragen. Obwohl dieser schlichte Kämpfer ganz still das letzte Stück seines Lebensweges zurücklegen wollte, hatte sich doch eine Menge von Leidensgenossen eingefunden, um dem Freund und Genossen die letzte Ehre zu erwiesen. In den 67 Jahren, die Braun vergönnt waren, zu leben, hat er 45 Jahre im politischen Kampfe gestanden. Er, der Oppositionler, begann seinen Weg als Schriftleiter der sozialdemokratischen Gleichheit in Wien, kam dann an die sozialdemokratischen Blätter in München, Dresden, Berlin und Nürnberg. Da Oppositionler war dem Schicksal Braun aus der damaligen preussischen Regierung nicht schubet wurden, erhielt Braun die Ausweisung aus Preußen, was ihn nach Stuttgart und wieder nach Wien führte. Mit der Revolution von 1918 ward eine innigere Anteilnahme an der deutschen Arbeiterbewegung möglich. Braun fiedelte nach Berlin über, wo er das sozialdemokratische Pressewesen leitete und Mitglied des Reichstages wurde.

Der Unerschütterliche beharrte bis zum Tode auf die reine Politik und die sozialdemokratische Presse. Die Gewerkschaftsbewegung verstand ihm eine lange Reihe Lebensmerkmale und anregender Erfahrungen. Aus ihnen haben die älteren unter den Gewerkschaften viel nützliche Belehrung empfangen. Auf dem guten Grund, den er dem Pressewesen und der Gewerkschaftspolitik sah, haben andere weitergebaut. Mit den politischen Freunden Brauns betonen wir Gewerkschaftler den verstorbenen Kampfgenossen. Daß er auch in der Gewerkschaftsbewegung weiterleben wird, dafür bürgen, wenn nichts anderes, seine Schriften, die man immer und immer wieder nachschlagen wird. Der Winterabend ruht nun für immer auf dem Friedhof von Friedrichsfelde. Sein Name wird fortleben in dem großen Werke, wozu er einzig wie kaum einer sein ganzes Leben mitgeschafft hat.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S.-A. 62441, 62442, 62443

Mit Sonntag dem 26. Mai ist der 22. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. Mai bis 1. Juni 1929 fällig.

Öffentliche Aufforderung:

Der Klempner Rudolf Lademacher, geb. am 18. April 1882 in Remscheid, eingetretet am 2. März 1914 in Remscheid, Buchnummer 2,266 339, früher Geschäftsführer in Wro-Boddenmerich, wird hiermit aufgefordert, seine Abresse dem Hauptvorstand mitzuteilen.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Strickau:
Der Güttenarbeiter Walter Worch, geb. am 22. Dezember 1901 zu Leimbach bei Mansfeld, Mitgliedsbuch Nr. 6,498 222, wegen Streikbruch.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 2,529 911, lautend auf den Schlosser Christ. Schunk, geb. am 2. Juni 1899 zu Oberndorf bei Schweinfurt. (Schweinfurt.)
Stuttgart, Adickstraße 16. Der Vorstandsvorsitz.

Zur Beachtung! • Suzug ist fernzubalten:

von Caroferricarbeitern aller Branchen nach Basel St.;
von Drehern und Gleisern nach Graz, Andriker Maschinenfabrik A. G. D.;
von Elektromontreuren nach Hamburg (Schwachstrom) St.;
von Formern und Gleisern nach Solingen (Ab. Pole & Towne früher Boge & Rosten) St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig (Danziger Wert und Trophäen) L.

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M = Maßregelung; Mi = Mißstände; A = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Verbandsanzeigen

Friedrichshafen a. B. Das Büro unserer Verwaltungstelle ist verlegt worden, und zwar nach der Katharinenstraße (am Neblewald).

Ein schöner Erfolg in Regensburg

In Regensburg hat unser Verband im Januar 1929 für das Spenglergewerbe einen neuen Manteltarif abgeschlossen, der in § 8 einen neuen Entlohnungsmodus aufweist. Während bis zum 4. Mai 1929 die Entlohnung in Spannungslöhnen erfolgte, durch die die jüngeren Kollegen immer weiter ins Hintertreffen kamen, bekommen vom 6. Mai ab die Altersgruppen einen festgelegten Satz vom Spitzenlohn des über 24 Jahre alten Spenglergehilfen. Dieser Satz beträgt für Arbeiter im ersten Gehilfenjahre 65 %, im zweiten Gehilfenjahre 75 %, von 21 bis 24 Jahren 90 % und über 24 Jahre 100 % vom Spitzenlohn.

	jetzt	ab 6. Mai 1929	ab 1. Okt. 1929
im 1. Jahre nach der Lehre	55 - 59	67	67
im 2. J. n. d. Lehre bis 21 J.	71 - 75	91	92
21 bis 25 Jahre	92 - 96 jetzt bis 24 J.	109	110
über 25	ledig 106-110	über 24 - 121	122
	beheirat. 112-116		

Das Alter über 25 Jahre ist heruntergesetzt worden auf 24 Jahre. Die Lohngruppe über 25 Jahre ist in Wegfall gekommen. Da nun in den meisten Fällen nur der niedrige Spannungslohn bei der Entlohnung der jüngeren Altersgruppen in Frage kam, so wirkt sich der neue Entlohnungsmodus mit der Lohnherabsetzung folgendermaßen aus:

	ab 6. Mai 1929	ab 1. Okt. 1929
im 1. Jahre nach b. Lehre	12 Pf. mehr	12 Pf. mehr
2. " " " " " " " "	20 " "	21 " "
21 bis 24 Jahre	17 " "	18 " "
über 24	5 " "	6 " "

Bei den Kollegen, die jetzt das 24. Jahr erreicht haben, macht die Erhöhung 27 bis 31 %, und bei den Kollegen, die jetzt das zweite Gehilfenjahr beginnen, 32 bis 36 % die Stunde aus. Dieser Erfolg war nur möglich durch die straffe Organisation der Spengler in Regensburg.
M. Reuter.

Schiedsspruch für die Metallindustrie Berlins verbindlich

In Nr. 18 der MZ ist ausführlich die Lohnbewegung der Metallarbeiter in den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustrieller behandelt worden. Und in der Nr. 19 wurde mitgeteilt, daß sich unsere Kollegen mit einer genügenden Stimmenzahl für die Annahme des Schiedsspruches ausgesprochen haben. Die Metallindustriellen aber erklärten sich, ihrer alten Gewohnheit gemäß, gegen den Schiedsspruch, so daß über die Frage seiner Verbindlichkeit verhandelt werden mußte. Das ist am 16. Mai geschehen. Der Schlichter für den Bezirk Brandenburg hat den Spruch für verbindlich erklärt. Dadurch ist der neue Tarif für die 152.000 Metallarbeiter bis zum 30. September 1930 Gesetz. Zwar entsprechen die nun geltenden Bedingungen bei weitem nicht den Notwendigkeiten der Kollegen Berlins, immerhin aber bringen sie nicht unwesentliche Verbesserungen, die noch zu mehrer Sache der Verbandschaften zu sein hat.

Richtigstellung. In der vorigen Nummer (20) wird auf Seite 159 unter den Ergebnissen der Verbandstätigkeit im ersten Abschnitt von der Lohnregelung in Münsterland (Westfalen) berichtet. Dort, in der 6. Zeile, muß es heißen, daß der Spitzenlohn für gelehrte Arbeiter über 23 Jahre (anstatt um 6 %) um 4 % gleich 3 % und damit auf 77 % erhöht wurde. Die Löhne der Altersklassen unter 18 Jahren wurden um 6 % erhöht. Das Arbeitszeitabkommen wurde unverändert wieder bis zum 31. März 1930 verlängert. Schon in dem alten Abkommen war eine wöchentliche Mehrarbeit von nur 3 Stunden zulässig, darüber hinausgehende Arbeitszeit bedurfte schon bisher der Zustimmung des Betriebsrates. Dies richtigzustellen, ersucht uns unsere Verwaltungstelle in Münster.

Abschreibungs- und Lohnpolitik

Das Doppelgesicht der Abschreibungen

Von Kurt Zepf

Vielleicht können Sie ein älteres Nachschlagebuch einsehen und unter "Abschreibung" ungefähr folgendes lesen: "... in der Buchhaltungstechnik Herabsetzung des Buchwertes solcher Aktiva, die — wie hauptsächlich Gebäude, Maschinen, Wertzeuge — durch Abnutzung an Wert verloren haben."

Es ist demnach festzustellen, wie groß diese Wertminderung in einer bestimmten Produktionszeit (zum Beispiel einem Jahr) ist oder welche Nutzungsdauer die Maschine hat. Nehmen wir in unserem Beispiel an, diese betrage zehn Jahre, in welcher Zeit sich also der Anschaffungswert der Maschine von 10 000 M auf null Markt vermindert habe.

Die Abschreibungen sind demnach nichts anderes als die Verteilung der Anschaffungskosten einer Anlage auf die Selbstkosten der erzeugten Güter zum Zwecke der Werterhaltung.

Da ist denn zu entgegnen, daß in der Tat heute die Handhabung der Abschreibungen nicht mehr so klar und eindeutig ist, sondern daß in ihrer Festsetzung eine starke Verwirrung Platz gegriffen hat, die von den Unternehmern benutzt wird, mit der Bezeichnung "Abschreibung" einige Hintertürchen zu versehen, die ganz wo anders hinführen, als der harmlose Augenstehende nach ihrer Aufschrift vermeint.

Mit solcher Forderung und Handhabung werden die Abschreibungen aus dem Gleise der einigermaßen sicheren Berechnung und einer einigermaßen verlässlichen Kontrolle in das Gebiet der Willkürlichkeiten und der verschleienden Nebel geschoben, sehr zur Befriedigung der Unternehmer und aller Bilanzrevisoren. Denn ist bei der früheren Durchführung die Höhe der Abschreibungen gemäß des erfolgten Aufwandes in ihrer Gesamtsumme unabweisbar und es höchstens mit gewissen Schwierigkeiten verbunden, einen angemessenen Verteilungsschlüssel (Abschreibungszeit) zu finden, so können heute die Unternehmen, wie sie es hier auch tun, so ziemlich jeden Betrag vor Gewinnausscheidung unter dem Konto "Abschreibungen" absetzen.

So sind die Abschreibungen zu einem Hintertürchen geworden, durch das unkontrollierbar Gewinne verschwinden können und vor das sich der Unternehmer stellen und — da ja die Abschreibungen als Selbstkosten gelten — harmlosen Gesichtes sagen kann: "Seht, so groß ist dieser Teil meiner Selbstkosten, so hoch der Rohstoffanteil und der und jener Teil, solche sind die erzielbaren Preise, den ausgewiesenen Gewinn muß ich haben, um rentabel zu sein (Zuruf: Die Soziallasten, die "ruinieren" dem Sozialstaat nicht zu verweisen, lieber Herr!), bleibt für die eigene Sündlosigkeit. Mehr? Ausgeschlossen!" Sagt, verschwindet hinter das Türchen, überschlägt noch einmal, was unter den Abschreibungen tatsächlich erfolgter Aufwand und was verbleibender Gewinn, lächelt, bejammert sich, kommt wieder zum Vorschein, weist mit bekümmertem Munde auf das Türchen und sein Schild, Abschreibungen: "Ich glaube kaum, daß sie eine ausreichende Wertersatzung und -erneuerung verbürgen."

Solche Szenen erlebt man fast tagtäglich auf Generalversammlungen, Wirtschaftskongressen, Industrie- und Handelskongressen usw., und zwar nicht zuletzt zum Zwecke des Lohnrückes. Daher ist gegen eine solche Handhabung der Ab-

schreibungen, gegen eine solche Umleitung ihres wahren Zweckes und solche Verwischung ihrer Grenzen mit äußerster Entschiedenheit aufzutreten. Es hat schon Dr. Baade in seinem Sondergutachten über den Steinkohlenbergbau Stellung genommen gegen eine Verquickung von Abschreibungen und irgendwelchem Rationalisierungsstreben und eine scharfe Abgrenzung der Abschreibungen von Gewinnrückstellungen gefordert. Irrendwichtige Zukunftserwägungen und damit Anlammelmöglichkeiten sind von ihnen fernzuhalten; sie haben lediglich aus den Tatsachen der Gegenwart ihre Richtlinien zu empfangen.

In dem Begriff der Wiederbeschaffungskosten liegt der Ausgangs- und Angelpunkt des heutigen Abschreibungs-dilemmas. Aus der Entstehung dieses Begriffs, also der Berücksichtigung des Umstandes, daß ein und dieselbe Sache heute einen anderen Preis haben kann als gestern und vorgektert, hat die einseitige so ziemlich klare Abschreibungsfrage ihre heutige Wandlung und Strittigkeit erfahren, die man geradezu als Abschreibungs- und Lohnpolitik bezeichnen kann. Gewiß bestand stets die Möglichkeit und Tatsache der Preisschwankungen; doch waren diese früher für die Praxis der Abschreibungen zu gering und sich ausgleichend, als daß sie von ihr nennenswerte Berücksichtigung erfahren hätten. Anders in der Kriegs- und vor allem Nachkriegszeit. Da erst feierten die "Wiederbeschaffungskosten" ihre Triumphe.

Nehmen wir an Hand unseres obigen Beispiels an, daß die gleiche für 10 000 M angeschaffte Maschine nach fünf Jahren 11 000 M koste, dann ist es gewiß nur billig, daß von da an als Abschreibungsquote 10 vS der gegenwertigen, eben der Wiederbeschaffungskosten festgesetzt werden. Dann sind nach Ablauf von zehn Jahren, also beim Ausschreiben der alten Maschine 5000 + 5500 = 10 500 M abgeschrieben. Es fehlen für die Neuananschaffung trotzdem noch 500 M; selbst bei dieser Methode ist also, streng genommen, ein Substanzverlust eingetreten. Wenn auch die Befürworter der Abschreibungsbestimmung nach Gegenwarts- oder Zeitwerten, die sogenannten Zeitwertler behaupten, in der Praxis nur diese fiktive Methode durchzuführen, so läßt sich doch sogar darüber hinaus eine Abschreibung dergestalt rechtfertigen, daß die erfolgte Abschreibung von dem neuen Wiederbeschaffungspreis abgezogen und der verbleibende Rest auf die folgenden Jahre verteilt wird, also in unserem Beispiel: 11 000 — 5000 = 6000 M. Dann sind am Ende des zehnten Jahres die vollen Wiederbeschaffungskosten gedeckt. Grundsätzlich ist daher gegen die Durchführung der Abschreibungen nach Wiederbeschaffungskosten (Zeitwerten) nichts einzuwenden und ihren Befürwortern beizupflichten.

Es war in obigem, wohl bemerkt, die Rede von den Wiederbeschaffungskosten gleicher Anlagen, also von Maschinen usw. gleicher Leistungsfähigkeit, gleichem Erfordernis an Bedienung, Wartung und sonstigen laufenden Unkosten. Wie aber nun, wenn zum Beispiel nach fünf Jahren nicht mehr eine Maschine gleicher Art hergestellt wird, sondern nur eine solche, die statt zum Beispiel 100 Glühlampen in der Reinteinheit 125 Glühlampen bei zwei oder gar nur einem Mann Bedienung bläst und 12 500 M kostet? Wie steht es dann mit den Wiederbeschaffungskosten?

Wollen wir zunächst den vollen Preis der neuartigen Maschine ansehen und dementsprechend in unserem Beispiel abschreiben. Dann haben wir (nach der Methode der Zeitwertler) vom sechsten Jahre an jährlich 10 vS von 12 500 = 1250 M abzuschreiben und haben am Ende des zehnten Jahres beim Ausschreiben der alten Maschine auf sie 5000 + 5 x 1250 = 11 250 M insgesamt abgeschrieben. Nun hat unsere Fabrik (wir nehmen das zur rechnerischen Vereinfachung unseres Beispiels an) nicht nur eine, sondern zehn solcher Maschinen und demnach insgesamt 112 500 M abgeschrieben. Am Ende des zehnten Jahres tritt die Neubeschaffungsfrage an sie heran. Zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit muß sie soviel neue Produktionsmittel anschaffen, die ihr die Herstellung der gleichen Gütermenge wie bisher gewährleisten. Das sind in unserem Fall nun nicht zehn, sondern acht der neuartigen Maschinen im Anschaffungswert von zusammen 100 000 M. Es sind also — da ja die Abschreibung nur der Wert- oder Produktivkraftersatzung dienen soll — 12 500 M zuviel abgeschrieben worden. Mit anderen Worten: es ist unter Konto "Abschreibungen" eine (verhältnismäßig nicht geringe) Gewinnrückstellung erfolgt, und zwar wird dies bei jedem wirtschaftlich denkbaren Preis der Fall sein. Wir sehen also, daß, soll den Abschreibungen unbedingt die Möglichkeit zu Gewinnrückstellungen ferngehalten werden, als Wiederbeschaffungskosten nicht stets der volle Preis der neuen Produktivseinheiten maßgebend sein darf und daß daher selbst die Bestimmung "Abschreibung nach Wiederbeschaffungskosten" ohne nähere Erläuterung oder Einschränkung deren Begriffes den Unternehmern noch ein Hintertürchen offen läßt. Es ist daher in grundsätzlicher Übereinstimmung mit einem Sondergutachten Dr. Baades folgende für das Unternehmertum unumgängliche und unumkehrbare Richtlinie festzulegen:

"Es sind den Abschreibungen grundsätzlich Wiederbeschaffungskosten zugrunde zu legen. Unter "Wiederbeschaffungskosten" ist der jeweils gegenwertige Preis derjenigen Menge von Produktionselementen zu verstehen, die keine Verminderung noch Vermehrung, sondern lediglich eine Erhaltung der Produktionskapazität des Unternehmens unter sonst gleichen Bedingungen wie jeweils bisher gewährleisten."

Man wird hiergegen zumal von Unternehmenseite einwenden, daß der Durchführung solcher Bestimmung in der Praxis große Schwierigkeiten im Wege und für sie die Dinge selten so einfach lägen wie in unserem Beispiel mit dem Verhältnis von 10:8. Zugestanden, so lassen sich doch bei gutem Willen (und den haben die Unternehmer ja, wenn es umgekehrt Bilanzrevisoren gilt) Mittel und Wege zu deren Überwindung finden, auf die näher einzugehen hier nicht der Ort ist.

Es erhellt aus alledem, wie eng heute das Problem der Abschreibungen mit der Lohnfrage verknüpft ist und daß das Unternehmertum Abschreibungs- und Lohnpolitik nicht zuletzt als Teil seiner Lohnpolitik betreibt. Hierauf ein wachsameres Auge zu haben, ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften im allgemeinen und der Betriebsräte in den Aufsichtsräten im besonderen.

Fürsorgelasten sind Rationalisierungspesen

Das Unternehmertum als "die Wirtschaft"

Die gegenwertigen politischen Kämpfe drehen sich hauptsächlich um die Steuererhöhungen. Die riesigen Lasten, die das Reich zu tragen hat, zwingen zur Erhöhung einiger Steuerarten. Der Fehlbetrag, der nach Senkung einiger Ausgabenposten besteht, beträgt 870 Millionen Mark. Dieser Fehlbetrag soll gedeckt werden durch Erhöhung der Biersteuer mit 165 Millionen Mark, der Branntweinabgabe mit 90 Millionen Mark, der Vermögenssteuer mit 104 Millionen Mark und der Erbschaftsteuer mit 20 Millionen Mark. Der größte Teil des Fehlbetrages soll also durch Belastung der Masse gedeckt werden. Wir wollen hier nicht darüber streiten, inwieweit dies notwendig ist. Aber es ist bezeichnend, daß die bürgerlichen Parteien immer wieder fordern, die fehlenden Mittel durch Ausgabenersparnisse einzubringen. Es wird aber nirgends klar gesagt, von welchen Ausgabenposten Ersparnisse gemacht werden sollen. Von einzelnen Kritikern, namentlich vom Sanjabund und von den Unternehmern wird gefordert, daß die Ausgaben für soziale Zwecke empfindlich gesenkt werden sollen. Mit erfrischender Deutlichkeit weist die Frankfurter Zeitung in ihrer Nr. 161 auf diese Demagogie mit folgenden Worten hin:

"Wenn die Unternehmerverbände, die sich immer als "die Wirtschaft" gebärden, ohne dazu von irgend jemand beauftragt zu sein, die Dinge gerne so darstellen, als ob jede Ausgabe der öffentlichen Körperschaften ein harter Verlust für die Volkswirtschaft sei, so darf man sie daran erinnern, daß — ganz abgesehen von den zu nicht geringem Teil als Rationalisierungspesen der Wirtschaft anzusehenden, aber von der öffentlichen Hand mit zu tragenden Fürsorgelasten — alle diese Summen zuletzt entweder in Kaufkraft der Staatsangestellten oder in Staats- oder Gemeindeaufträgen für die Industrie usw. umgesetzt werden."

Ganz richtig, die Fürsorgeausgaben sind Rationalisierungspesen der Wirtschaft, die diese eigentlich zu tragen hätte, die aber aus dem Steuersäckel bestritten werden. Dies sollte immer deutlich hervorgehoben werden. Daß sich die Unternehmer und ihresgleichen beharrlich als "die Wirtschaft" bezeichnen, sollte man nicht beklagen. Hält sich nicht der arbeitswürdigste der Hohenollern "von Gottes Gnaden"? Und waren seine Taten oder negativen Fähigkeiten nicht dermaßen außerordentlich, daß man ihn nicht gut von dieser Welt bezeichnen konnte? Bezeichneten sich die preußischen Junker einst nicht immer als die "staatsverhaltende Partei"? Ist nicht diese Bezeichnung dadurch erhärtet worden, daß sie immer alles vom Staate erhielten? Warum sollte sich nun unser Unternehmertum nicht als "die Wirtschaft" gebärden? Entspricht "die Wirtschaft", die schöne, die polnische, die ballesmäßige, nicht vollständig der Genialität unserer Unternehmer? Man muß das "die Wirtschaft" nur richtig lesen und ihm den Sinn lassen, den es gemeinhin angenommen hat.

Wie das Einkommen die Lebensweise beeinflusst

In den Untersuchungen, die das Statistische Landesamt Hamburg über die Lebenshaltung bemittelter Familien auf Grund einer Erhebung im Jahre 1926 angestellt hat, befinden sich auch Übersichten über die verschiedene Lebensweise der Familien mit niedrigem und höherem Einkommen. Die Geldsumme, die jedem Menschen zur Verfügung steht, bildet nicht nur den Maßstab aller Kultur, sondern auch der Lebensweise. Nachstehende Aufstellung gibt Aufschluß darüber, wie ein höheres oder niedriges Einkommen die Lebenshaltung der Menschen beeinflusst:

Durchschnittlicher Verbrauch in Kilogramm

Table with columns: Einkommensgruppe der Haushaltung, in RM, weniger als 2500, 2500 bis 4500, 4500 bis 6000, 6000 bis 7000, mehr als 7000. Rows list various food items like Milk, Butter, Fat, etc.

Besser kann der Einfluß des Geldeinkommens auf die Lebensweise nicht darzulegen werden. Eine Haushaltung mit einem Einkommen von weniger als 2500 M verbraucht nur ein Viertel der Milch der Einkommensgruppe über 7000 M. Bei Butter war der Unterschied noch größer. Nur bei Fett ohne Butter übertrafen die niedrigen Einkommensgruppen die höheren; bei den ärmeren Familien mußte die Margarine und das billige Schmalz die teurere Butter ersetzen. Im übrigen vermag jeder selbst seine Schlüsse aus den obigen Vergleichen zu ziehen. Aus der Aufstellung geht aber klar hervor, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, vor allem das Einkommen der unteren Gruppen zu bessern.

So schlimm wie der Krieg

Den Massenmord will wohl keiner von uns. Aber wir haben heute im Innern unseres Landes einen Zustand, der meines Erachtens in seiner Auswirkung noch schlimmere Folgen hat als der letzte Krieg. Wir meinen die Arbeitsweise, wie sie heute fast überall eingeführt ist. Die ganze Arbeiterkraft ist vollständig der Willkür einzelner Machthaber unterworfen. Wenn wir die Zustände betrachten, unter denen der Arbeiter heute zu leiden hat, so muß man sich fragen, wohin ein Arbeiter mit seiner Gesundheit kommt, der auch nur 20 Jahre diese Arbeitsweise erduldet hat. War er zwanzig Jahre in einem Betriebe, dann ist er wohl kaum mehr in der Lage, anderswo anzufangen, das heißt, wenn er das Glück hat, so lange bleiben zu dürfen. Meistens wird er wohl früher rausgeschmissen werden. Und ist er älter als 40 Jahre, dann hat er gar keine Aussicht, wo anders Stellung zu erhalten. Ein Verheirateter mit 40 Jahren darf heute überhaupt keine Widerrufe geben, wenn er nicht auf die Straße fliegen will. Er muß alles über sich ergehen lassen, was mit ihm angefangen wird. Schuft, Drüdeberger, Faulenzer wird er gescholten. Kurz und gut er ist derjenige, der nur einen hohen Lohn verlangt und dafür nichts schaffen will.

Ja, was bringen solche Zustände und was haben diese oft auf das Familienleben für eine verheerende Wirkung! Das nennt man heute zivilisierte Welt, Kultur! Kein Mensch im Betriebe findet den Mut, dazugegen Stellung zu nehmen. Ein einzelner kann diesem Zustand auch nicht entgegenzutreten, und macht er es, so hat er am eigenen Leibe zu spüren. Früher wurden Eierschubvereine gegründet, die ja zum Teil heute noch bestehen, und Gesche geschaffen, die diejenigen bestrafen, die sich dagegen verhalten. Heute findet sich kein Mensch und kein Gesetz, das die Menschenqualität im Betriebe bestraft. Deshalb möchte ich sagen, daß das heutige System in seiner Auswirkung noch schlimmere Folgen in unserm Volke hat als der letzte Krieg. Denn es richtet ein Geschlecht festsich aufgrund. Meistens sind diejenigen, die den Arbeiter so behandeln, nicht in der Lage oder wären nicht in der Lage, ihr Brot selbst zu verdienen, wenn es ihnen die Arbeiter nicht verdienen. Ohne Arbeiter hätten sie kein Brot zu essen.

Drud und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adelsstraße 10

